

# Die Bergbau-Industrie

## Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 3 M., durch die Post 3,80 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inleraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Platzvorchriften ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Viktorstr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Allverband Bochum.

### Erkenne deine Macht!

Zirkus Sarrafani. Ausverkauf. Etwa 15 000 Menschen schauen den Spielen zu. Artisten aller Klassen, eine wahre Völkerchau, zeigen ihre Künste. Dampf braust das Stimmengewirr der Menge in der weiten Zelt Halle. Plötzlich verstummt jeder Laut. Die Zugnummer der Vorstellung, Dressur der wilden Raubtiere, ist an der Reihe. Jeder hält den Atem an, als durch den niedrigen Laufgang die Tiger und Löwen kommen und in die umgitterte Manege springen. Der Dompteur läßt die Pfeitsche knallen. Widerwillig, grollend und knurrend gehorchen die Tiere den Weisungen ihres Herrn. Wenn sich eine der wilden Katzen widerspenstig zeigt, laßt der Zweizack gegen den mächtigen Kopf der Bestie. Der Wille, der hypnotische Blick des Bändigers beherrscht die Wildheit des zähnefeilschenden Löwen, die Lücke im zornfunkelnden Auge des Tigers. Sie tun, was der Herr will. Wie Lämmer legen sie sich friedlich nebeneinander oder machen Männchen wie simple Bubel — sie, die Könige des Urwaldes oder der Wüste.

Ein Schauer läuft jedem über den Rücken, wenn eine gefährliche Szene sich abwickelt, wenn die Branke des Tigers losblitzt, wenn das Gebrüll eines Löwen losbricht oder eine Bestie während die Bitterstäbe hinausspringt. Als die Raubtiere wieder in die Käfige zurückgetrieben werden, höre ich, wie ein vor mir stehender Mann zu seinem Nachbar bemerkt: „Es nur gut, daß die Bestie nicht organisiert sind, sonst würden sie uns alle zum Teufel jagen!“

Der Mann schien ein Unternehmer zu sein, denn ich konnte im stillen seinen Specknackten bewundern. Um eine solche treffende Bemerkung zu machen, wußte er wohl, welche ungeheure Macht eine Organisation darstellt, wie stark die Einzelkraft im Zusammenschluß ist.

In der Tat: Wenn die Löwen und Tiger wüßten, wie stark sie alle zusammen sind, würden sie nicht nur ihren Herrn, den Dompteur zerschmettern, sondern auch alle 15 000 Gaffer, die sich an ihrer Ohnmacht weiden, wirklich zum Teufel jagen.

Um im Wilde zu bleiben:

#### Auch der Arbeiter ist der Löwe, der Tiger.

Auch er besitzt eine ungeheure Macht, die ihm leider in der Mehrheit noch nicht zum Bewußtsein gekommen ist. Wenn er wüßte, wie stark er ist, würde er schon längst seine Feinigkeit, seine Ausbeuter, die ihn obendrein noch durch nationalsozialistische oder weltanschaulich klaffende Pudel Männchen machen lassen, zum Teufel gejagt haben. Anstatt aber zu fauchen und die Branke zu zeigen, wenn ihm Unrecht geschieht, anstatt mit feinesgleichen in einen Ring zu treten und seinen Willen dem organisierten Gesamtwillen unterzuordnen, fürchtet er die Pfeitsche seines Antreibers, den Zweizack seines Ausbeuters und läßt seinen Schädel mit dem Stroh nationalsozialistischer oder rabidaler Phrasen und Schlagworte, die sich gegen seine eigenen Interessen kehren, vollstopfen. Und wenn der Kopf genügend umnebelt ist, wenn offensichtliche Lügen und Verleumdungen gegen die Arbeiterbewegung sich darin festgenistet haben, dann legt er sich friedsam wie ein Lamm neben die anderen Opfer kapitalistischer Zerpfitterungskunst, bleibt in der vergifteten Manege seiner Urteilslosigkeit gefangen und bewirft diejenigen, die ihm wirklich helfen wollen und können, mit dem Unrat der propapitalistischen Gasse.

#### Du, Arbeitsmann, der du noch nicht organisiert bist: Erkenne deine Macht!

Merkst du nicht, wie dich deine falschen Freunde für eigene Zwecke mißbrauchen? Wie sie dich gegen deine Arbeitsbrüder auspielen, die schon begriffen haben, daß nur die organisierte Selbsthilfe aus Not und Elend führen und bessere Zustände schaffen kann? Weißt du nicht, wie stark du bist, wenn du dich mit deinen organisierten Arbeitsbrüdern vereinigt? Start wie ein Löwe, fühn wie ein Tiger bist du, wenn du erkennst, daß deine Kraft im Zusammenschluß mit deinesgleichen tausend- und millionenfach stärker und schließlich so unüberwindlich wird, daß du alle deine Ausbeuter zum Teufel jagen kannst. Solange du aber nicht zu dieser Erkenntnis konstest, werden sich auch deine Ausbeuter und deren Trabanten an deiner Ohnmacht weiden.

Erkenne deine Macht! Es ist die höchste Zeit! Du hast kein Recht, zu jammern und zu klagen, wenn du selbst noch abseits des Kampfes um Fortschritt und Kultur stehst und so dein eigener Feind bist. Begreife doch die kindlich einfache Formel: Der Arbeiter gehört zum Arbeiter! Niemand hilft dir, wenn du dir selber nicht hilfst. Das sind zwar alte Binsenwahrheiten, aber sie werden gerade von denen, die es bitter nötig haben, nicht begriffen. Vor dem gewaltigen Ziel der Arbeiterbewegung, damit es jedem Menschen gut gehe auf Erden, verabschaffen alle deine Nörgeleien oder Schimpfereien über „Bonzenwirtschaft“ oder „Banzerkreuzerzialisten“. Eine Strömung von solch weltumspannenden Ausmaßen, wie es die wirtschaftliche und politische Arbeiterbewegung ist, führt nicht immer kristallklares Wasser, es schwimmen auch manchmal Fremdkörper an der Oberfläche, die aber im breiten Meer des Endzieles unbemerkt verschwinden. Die organisierte Arbeiterklasse muß erst die Macht, die Mehrheit in allen maßgebenden Instanzen haben. Alles andere kommt nachher von selbst. Ohne Blutvergießen, ohne Dolch und Revolver vollzieht sich die neue Ordnung der sozialen Gerechtigkeit, wenn der Arbeiter zum Arbeiter steht. Bis dahin aber dürfen die Gegner dieser neuen Ordnung mit voller Berechtigung sagen: „Gut, daß die meisten Arbeiter nicht organisiert sind!“

#### Nur du selbst kannst dich erlösen!

Fliehe darum nicht zu anderen Göttern um Hilfe, denn sie haben dir entgegengesetzte Interessen. Sie können und wollen dir nicht helfen, denn du bist ihnen nur Werkzeug zur Erhaltung ihrer Macht über dich selbst und deine Klassengenossen. Warum also zauderst du noch? Du stehst heute in der größten Revolution aller Jahrtausende und merkst es nicht. Die kapitalistische Herrschaft wankt. Die kapitalistische „Ordnung“ kracht in allen Fugen. Die Erde gibt uns Brot genug. Es wird aber verbrannt, wenn der Segen zu groß ist. Genuß- und Bedarfsartikel werden vernichtet, wenn der Profit bedroht ist. Die Menschen hungern, obwohl die Magazine überladen sind. Die Menschen frieren, obwohl Ueberfluß an Wolle vorhanden ist, obwohl Kohlen auf Halben lagern und verwittern. Die Menschen hausen in Höhlen, obwohl so viele Hände bereit sind, jeder Familie ein freundliches Heim zu bauen. Kein System, kein Plan, sondern Anarchie überall. Die kapitalistischen Regierungen sind kopflos geworden, sie regieren mit Lohnabbau und Notverordnungen, sie stützen die verkrachenden Banken mit öffentlichem Gelde, stopfen ein Loch mit dem andern zu und wissen nicht, daß sie Konkursverwalter ohne Masse, Leichnam einer untergehenden Gesellschaftsordnung sind. Aber der Kapitalismus wehrt sich. Er will nicht sterben. Darum wirbt er Rekruten für seine Leibwache, befoldet er politische und wirtschaftliche Desperados, die mit Blut und Eisen den verwesenden Leichnam wieder galvanisieren sollen.

Du, unorganisierter Arbeitsmann, bist Zeuge des Untergangs einer alten Welt und siehst es nicht. Mit kaltem Finger schreibt das Fatum sein Menekel an die Paläste, an die ver-

lassenen Schächte und Fabriken; du aber verstehst die Schrift nicht zu deuten. Du siehst und hörst, daß die faschistische Knüppelgarde des Kapitals das Blut deiner Volksgenossen fließen läßt; diese grausige Tatsache rührt dich jedoch nicht. Aber die Zeit erfüllt sich, denn das Maß ist voll! Lange genug wurde das Volk der Arbeit geschunden und gequält! Lange genug hat man seinen Geist verwirrt und seine Seele vergiftet! Lange genug haben die Emissäre des Kapitals Lügen und Verleumdungen gegen die Feldherren des organisierten Arbeitskampfes ausgekreut! Kleinliche, armselige Menschlein, Sklaven der untergehenden Welt haben lange genug Dämme und Gerüste um das kapitalistische Evangelium aufgebaut. Sie sind morsch geworden. Die Säune aus Phrasen und Schlagworten sind wurmfressig geworden. Es fallen die Mauern aus Papier und wortreichen Beweisgründen, daß der „Marxismus“ endgültig niedrigerungen sei. Darum stehe auf, du Arbeitsmann, denn die Zeit hat sich erfüllt! Löse dich los von dieser alten Welt, der du dich leichtsinnig ergeben hast. Laße die sterbende Welt ihre eigenen Toten begraben. Warte darum nicht länger, denn das Maß ist voll. Die Stunde des schaffenden Volkes ist gekommen: sie will die Fahne der Befreiung sehen, sie steht vor den Toren, sie klopft an die blinden Fensterscheiben deiner Hütte. Warum also zauderst du noch? Die Welt der Arbeit, voll aller Gnaden, kommt dir entgegen. Sie bringt dir den Traum deiner Jugend, die unverletzte Legende deines irdischen Glücks. Gehe ihr ebenfalls entgegen, singe mit voller Brust den stolzen Hymnus des kommenden Tages.

Deine organisierten Kameraden rufen dich. Worauf also wartest du noch, da das Maß schon überläuft und die Zeit sich erfüllt hat? Sei mutig wie der Löwe! Sei Kühn wie der Tiger! Erkenne deine Macht, sonst gehst du im Chaos der sterbenden Welt unter! Victor Kalinowski

## Unsere Reichskonferenz.

li.

Nach dem vom Verbandsvorsitzenden Fr. Hufemann erstatteten Wirtschaftsüberblick (siehe letzte Nummer der „Bergbau-Industrie“) sprach Kamerad Franz Vogt aus der Wirtschaftspolitischen Abteilung über das Thema:

#### Die letzte Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die Gewerkschaftspolitik.

Er unterschied zwischen der Krise der öffentlichen Haushalte, also der Staatkrise, und der Krise unseres Bank- und Kredit systems. Die Staatkrise hat ihre letzten Ursachen in dem Aufbau der deutschen Bevölkerung. Rund 80 Prozent des deutschen Volkes bilden die Arbeitnehmer schicht. Diese bringt bei allen öffentlichen Institutionen mindestens 50, oft bis 70 Prozent aller Einnahmen auf. Infolge der ungeheuren Arbeitslosigkeit geriet das Steuer- und Beitragsaufkommen ins Stocken. Der Erwerbslose zahlt keine Einkommensteuer mehr. Er kann nur wenig kaufen, wodurch die Erträge aus der Umsatzsteuer zurückgehen. Der Bedarf von allen nicht unbedingt lebensnotwendigen Gütern, wie Bier, Tabak und ähnlichem, wird eingeschränkt, was einen Rückgang der Aufkommen aus den auf diesen Gütern lastenden Verbrauchsabgaben zur Folge hat. Kaffee und ähnliche Nahrungsmittel, die wir einführen und mit Zöllen belegen, werden nicht mehr in dem Maße verbraucht, wodurch auch ein Rückgang der Zolleinnahmen eintritt. Die Einstellung der Beitragszahlung zu den sozialen Versicherungsinstitutionen erfolgt mit dem Tage der Arbeitslosigkeit. Zu gleicher Zeit aber wird jeder Arbeitslose ein Forderung an die öffentlichen Kassen. Er wird in den ersten 26 Wochen der Arbeitslosigkeit aus der Arbeitslosenversicherung, in dem dann folgenden halben Jahr überwiegend aus Reichsmitteln (Krisenfürsorge) und dann von der Gemeinde (Wohlfahrt) unterstützt.

#### Das Auseinandergehen zwischen Einnahmen und Ausgaben

führt zu Fehlbeträgen in den öffentlichen Haushalten. So fehlten bei Erlass der letzten Notverordnung im Reichsetat 574 Mill. M., in der Arbeitslosenversicherung 400 Mill. M., in der Krisenfürsorge 245 Mill. M., in den Gemeinden 440 Mill. M. und in der Krappschafft 100 Mill. M. Der Ausgleich für die fehlenden Summen wurde durch Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen bzw. Neueinführung von Steuern gesucht. Es ist kein Zweifel darüber zu lassen, daß, wenn eine geordnete Fortführung des Staatslebens überhaupt ermöglicht werden soll, diese Defizite auch unter allen Umständen ausgeglichen werden mußten. Daß das nicht durch ein von der Parlamentsmehrheit beschlossenes Gesetz, sondern auf dem Wege der Notverordnung geschah, ist bedauerlich, aber in Anbetracht der Zusammenfassung des Reichstages die einzige Möglichkeit, diese Aufgabe zu bewältigen. Freie Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei erklärten von vornherein die Art und Weise, wie die Defizite abgedeckt worden sind, für die Arbeiterschaft für untragbar. An Stelle der Einsparung von 400 Millionen auf Kosten der Arbeitslosen wird vorgeschlagen, eine gerechte Staffelfung der Krisensteuer, Wegfall der überflüssigen Subventionen an die Reichsbahn und für Zwecke des freiwilligen Arbeitsdienstes, Erhebung einer Ausgleichs-abgabe beim Benzinöl und stärkere Streichungen im Wehretat. Die Verhandlungen über Abänderung sollten nach dem zu erwartenden Schritt des amerikanischen Präsidenten Hoover in der Reparationsfrage in die Wege geleitet werden.

Bald nach Erlass der Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen veröffentlichte dann auch der amerikanische Präsident Hoover seinen Plan. Er sah vor, daß Amerika für die Zeit vom 1. Juli d. J. bis zum 30. Juni nächsten Jahres auf alle Kriegsschuldabzahlungen von England, Frankreich, Belgien und Italien verzichte, wenn diese Staaten zu gleicher Zeit für

den selben Zeitraum in einen Aufschub der deutschen Reparationszahlungen einwilligen würden. Die dadurch den Engländern, Belgiern und Italienern zugemuteten finanziellen Opfer halten sich in verhältnismäßig bescheidenen Grenzen, sie gehen nirgends über den Betrag von 30 Millionen hinaus. Anders verhält es sich mit Frankreich. Frankreich bekam von uns 800 Millionen Mark, brauchte aber an Amerika nur 400 Millionen weiter zu geben. Deshalb willigten die Franzosen nicht bedingungslos ein. Sie verlangten Verhandlungen über verschiedene Punkte, so die Behandlung des transferungs geschützten Teiles und der Modalitäten bei einer Inkraftsetzung des Reparationsmoratoriums durch Deutschland.

Nicht der Gegenstand der Verhandlung, sondern die Tatsache, daß überhaupt Verhandlungen über den Hooverplan stattfanden, führte uns in

#### die Bank- und Kreditkrise.

Ausländische Banken zogen milliardenweise ihre in Deutschland kurzfristig angelegten Guthaben zurück und eine neue Welle deutscher Kapitalflucht setzte ein. Der Rückfluß der kurzfristigen Auslandsschulden brachte die zweitgrößte deutsche Bank, die Darmstädter und Nationalbank, in Zahlungsschwierigkeiten. Diese Bank hatte in erheblichem Umfang kurzfristiges Auslandsgeld aufgenommen und dieses langfristig angelegt. Sie konnte deshalb die Auslandsgläubiger nicht mehr voll befriedigen und sah sich zur Einstellung der Zahlungen gezwungen. Hinzu kamen noch Millionenverluste durch den Zusammenbruch des Nordwollkonzerns, an dem diese Bank ebenfalls mit namhaften Summen beteiligt war. Der Zusammenbruch der Danabank löste eine Nervosität im deutschen Sparerpublikum aus. Bei den Banken und Sparkassen bildeten sich lange Reihen von Menschen, die ihre Gelder abheben wollten. Hätten die Banken alle Abheber restlos befriedigen wollen, so würden sie entweder zum Verkauf ihres gesamten Wertpapierbestandes an der Börse oder zum Umtausch dieser Wertpapiere in Banknoten bei der Reichsbank gezwungen worden sein. Der plötzliche Verkauf an der Börse hätte zu furchtbaren Kursstürzen geführt, deren Folge der nahezu hundertprozentige Zusammenbruch aller deutschen Geld- und Kreditinstitute gewesen wäre. Deshalb erfolgte sofort nach Bekanntwerden der Schwierigkeiten bei der Danabank die Schließung der Börsen. Ein Umtausch der Wertpapiere gegen Bankmittel durch die Reichsbank war ebenfalls nicht mehr möglich, da die Abziehung ungeheurer Gold- und Devisenmengen die Deckungsreserve der Reichsbank vermindert hatte und ein allzu starkes Unterschreiten der Golddeckungsgrenze eine Ausschaltung aus dem internationalen Zahlungsverkehr befürchteten ließ. Aus diesem Grunde erfolgte die Einlegung von Bankfeiertagen, die drei Wochen hindurch Geltung hatte. Erst nachdem das Sparerpublikum sich beruhigt hatte und der Zinssatz außerordentlich stark erhöht worden war, erfolgte wieder die restlose Befriedigung aller Zahlungswünsche.

Das ist in großen Zügen der Verlauf der letzten Finanzkrise. Als freie Gewerkschaften, denen das Schicksal der Arbeiterschaft zu treuen Händen gegeben ist, haben wir aus diesem Verlauf

#### bestimmte Schlußfolgerungen

zu ziehen. Das größte Unglück für ein Land bedeutet die Währungserrüttung. Es sind deshalb in den kritischen Tagen die größten Anstrengungen gemacht worden, um die Stabilität der deutschen Währung unter allen Umständen zu gewährleisten. Sollten diese Bemühungen von dauerndem Erfolg gekrönt sein, so ist es notwendig, den Gold- und Devisenbestand der Reichsbank zu schonen. Das ist einmal dadurch erreicht worden, daß sich die Auslandsgläubiger für sechs Monate verpflichtet haben, aus Deutschland keine weiteren Geldabzüge vorzunehmen. Kapitalflucht wirkt genau so wie die Zurückziehung ausländischer Gut-

haben. Deshalb mußte auch diese unterbunden werden. Es ist unbedingt notwendig, daß die Maßnahmen gegen die Kapitalflucht beibehalten werden; denn nach Ablauf der sechsmonatigen Stillhaltefrist steht eine besonders starke Beanspruchung der Reichsbank zu erwarten.

Hinzu kommt, daß die Politik der deutschen Zentralnotenbank dahin gehen muß, die Devisenregulierung fest in die Hand zu bekommen. Die stärkste Devisenquelle bildet nach wie vor unsere Ausfuhr. Eine Beeinträchtigung der deutschen Einfuhr war ursprünglich ebenfalls in die Wege geleitet, wurde aber später aus handelspolitischen Gründen wieder aufgegeben. Wir können uns aus der Weltwirtschaft, in die wir mit einem Außenhandelsumsatz von etwa 20 Milliarden im Jahr verflochten sind, nicht plötzlich lösen. Es kommt vielmehr darauf an, einen planmäßigen Einbau in das Gefüge der Weltwirtschaft in die Wege zu leiten. Das am meisten erfolgversprechende Mittel hierzu ist der Mengentarif und die Schaffung von Monopolen für Güter, die wir aus dem Ausland beziehen müssen. Das vom ADGB geforderte Monopolsystem für verschiedene Warengattungen ist weiter auszubauen.

Der Zusammenbruch der Banken hat bewiesen, daß das Reich in Krisenzeiten die Hilfestellung übernehmen muß. Nicht nur die Danabank, sondern auch die Dresdner Bank, die Schröder-Bank in Bremen, die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt und die Rheinische Landesbank wurden vom Reiche gestützt. Da aber die Krise im wesentlichen eine Folge der volkswirtschaftlichen Kapitalverflechtungen ist, die unter Mitwirkung der Banken zustande gekommen sind, so ergibt sich hieraus die Forderung einer staatlichen Überwachung der Kapitalleitung durch Bankenkontrolle. Es ist ein allgemeines Bankengesetz gefordert worden und eine Kommission von neun Mitgliedern wurde eingeleitet, um dessen Organisation vorzubereiten. Die Verhandlungen dieser Kommission versprachen jedoch keine nennenswerten Ergebnisse, weshalb die Zusammenfassung aller staatlichen und vom Staate kontrollierten Banken zu einem Bankentwurf zur Notwendigkeit wird. Diesem würde es möglich sein, dem Grundgesetz des gesamtwirtschaftlichen Zweckmäßigen bei der Kapitallenkung zum Durchbruch zu verhelfen und so zu der kapitalistischen Anarchie ein Gegengewicht zu bilden.

Die durch die Herausdrängung des Diskontsatzes eingetretene Geldverknappung und die durch den gewaltigen Kurssturz zu erwartenden Verluste werden zweifellos die Konkurswelle verstärken. Der Konkurs ist in normalen Zeiten ein Mittel zur Wirtschaftsgefundung. Er korrigiert Falschkonstruktionen und führt über den gewaltigen Kapitalsturz zu einer Verbilligung der Selbstkosten. Dem steht aber heute das Kartell im Wege. Deshalb ist zumindestens für ein Jahr die Aufhebung des Kartellzwanges zu fordern.

Sollte der Zusammenbruch Unternehmungen erfassen, deren Beschäftigtenzahl so groß ist, daß davon eine Schädigung des allgemeinen Wohles zu erwarten ist, so ist die Fortführung der diesen Konzernen angehörenden Betriebe unter Reichsaufsicht ins Auge zu fassen.

Im kommenden Winter wird die Arbeitslosigkeit zweifellos noch weiter steigen, und die größte Sorge besteht darin, die Gelder zu Unterstützungszwecken zu beschaffen. Trotz aller Anstrengungen, Einsparungen vorzunehmen und die Steuerquellen möglichst auszuschöpfen, ist ein volles Gelingen dieser Aufgabe nur dann zu erwarten, wenn die Arbeitslosigkeit selbst weitgehend eingedämmt wird. Das sicherste Mittel, dieses zu erreichen, ist die allgemein gesetzlich vorzunehmende Arbeitszeitverkürzung auf wöchentlich 40 Stunden.

Anschließend an die Diskussion zu den Referaten der Kameraden Hulemann und Vogt referierte der zweite Vorsitzende August Schmidt über:

**lohn- und tarifpolitische Fragen.**

Der größte Teil dieser Fragen bezog sich auf interne taktische Besprechungen. Den Ausführungen des Vortragenden ist daher nur folgendes zu entnehmen:

Wie in jeder Wirtschaftskrise, so kennen auch jetzt die Unternehmerforderungen keine Grenzen, weil bei den Arbeitgebern das Bestreben vorherrscht, die wirtschaftlichen Rückschläge durch eine weitgehende Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszugleichen. Wie abwegig dieses Bestreben vom wirtschaftlichen Standpunkte ist, geht daraus hervor, daß die vielfach ins Feld geführte Selbstkostenkrise keineswegs nur mit dem Lohnkostenkonto in Verbindung gebracht werden kann. Im Gegenteil, die fortgesetzte Steigerung des Schichtförderanteils im Bergbau hat trotz der Krise zu einem dauernden Sinken des Lohnanteils am Arbeitsprodukt geführt. Eine wirkliche Senkung der Selbstkosten kann nur durch eine Senkung der durch die Festhaltung von Kapitalien übermäßig gesteigerten Kapitalkosten gefunden werden. Die Lohnabbaupläne der Unternehmer können aber auch aus marktpolitischen Erwägungen nicht gutgeheißen werden, weil sie trotz aller Argumente der kapitalistischen Vertreter keinen Ausweg, sondern eine Verschärfung der Wirtschaftskrise bedeuten. Denn jede Schmälerung des Lohnes schwächt den inländischen Güterverbrauch und löst in den konkurrierenden Nachbarstaaten das Bestreben aus, mit den gleichen untauglichen Mitteln die Wirtschaftskrise auf Kosten der Arbeiterschaft bekämpfen zu wollen.

Mit besonderer Vorliebe verweisen die Befürworter des Lohnabbaues immer wieder auf die hohen und starren Tariflöhne, die den wirtschaftlichen Niedergang veranlaßt haben sollen. Die westdeutschen Unternehmer haben sich sogar veranlaßt gefühlt, diese Irreführung durch Herausgabe eines Lügenbilderbuches in großzügiger Weise zu verbreiten.

Die nachfolgenden Zahlen beweisen das Gegenteil. Die amtlichen Feststellungen über die Gesamtlohnsumme im preußischen Steinkohlenbergbau im ersten Quartal 1930 und 1931 werfen folgende Vergleichung auf:

Gesamtlohnsumme (1. Vierteljahr)		
(in Mill. Mark)		
	1930	1931
Rheinisch-westfäl. Bezirk	213,0	148,0
Oberschlesien	22,8	18,3
Nachen	13,9	14,3
Niedererschlesien	12,5	9,2

Insgesamt hat sich die Lohnsumme im preußischen Bergbau in dem erwähnten Zeitraum von 334,9 auf 242,8 Mill. M. verringert. Das ist eine Lohnverminderung von rund 92 Millionen. Durch diesen Rückgang der Lohnsumme, hervorgerufen durch Beschäftigungsabbau, Feiertagschicht und Lohnsenkung, mußte natürlich die Kaufkraft der Bergarbeiterbevölkerung gewaltig zurückgehen. Die Not in den Bergrevieren ist daher sehr groß. Es ist deshalb selbstverständlich, daß die neueste Kündigungssaktion der Unternehmer unter den Bergarbeitern größte Erbitterung auslöst. Ebenso selbstverständlich ist es, daß wir uns mit allen verfügbaren Kräften einem weiteren Lohnabbau widersetzen werden.

Abschließend zu diesem Kapitel bedauerte der Referent, daß einem Teil der Arbeiterschaft leider immer noch die Erkenntnis darüber fehle, daß in der Lohn- und Tarifpolitik in erster Linie die Machtverhältnisse entscheidend seien. Kein Gewerkschafter würde in dieser Notzeit sich freiwillig mit irgendwelchen Verschlechterungen abfinden. Wenn die Kommunisten heute dennoch mit den verwerflichsten Mitteln die Gewerkschaftspolitik be-

kämpfen und schelnbar die sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft verteidigen, dann ist das eine üble Heuchelei; denn sämtliche Lohn- und Tarifrechte haben wir gegen den Willen und unter Beschimpfung der kommunistischen Schreier erkämpfen müssen. Wir wissen, daß in der gegenwärtigen Notzeit vieles in Gefahr ist. Wenn es uns auch bisher nicht möglich war, alle Rückschläge zu vermeiden, so werden wir doch nach wie vor alle Kräfte darauf konzentrieren, drohende Gefahren abzuwehren. Es ist bisher immer die Hauptaufgabe der Gewerkschaften gewesen, die Verhältnisse vom Schlechteren zum Besseren zu wenden. Dieser Grundgedanke wurde auch von den Gewerkschaften dadurch nicht preisgegeben, daß sie in der hinter uns liegenden Zeit Schiedsprüchungen zustimmen mußten, die Verschlechterungen brachten. In all diesen Fällen handelte es sich darum, Schlimmeres zu verhüten, und nicht, wie die Gewerkschaftsgegner behaupten, um eine willkürliche Preisgabe von Arbeiterinteressen. Bezüglich der Arbeitszeitfrage unterstreicht der Vortragende die Notwendigkeit einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit, zumal die im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau durchgeführte Arbeitszeitverkürzung zu einer erheblichen Neueinstellung von Arbeitskräften geführt hat. Zu einem kurzen Rückblick auf das Genfer Arbeitszeitabkommen für den Bergbau übergehend, sprach Schmidt zum Schluß die Hoffnung aus, daß es recht bald gelingen möge, in den einzelnen Staaten das Abkommen zu ratifizieren. Was von der Bergarbeiterinternationale und vom Verband dazu getan werden könnte, würde geschehen.

Im Anschluß an die Aussprache über diesen Punkt erstattete das Vorstandsmitglied **Albert Martz** den

**Bericht über den Gewerkschaftskongress**

in Frankfurt. Als erfreuliches Merkmal dieser Tagung bezeichnet er die Tatsache, daß die Beschlüsse ziemlich einstimmig gefaßt worden sind und damit zum Ausdruck gebracht wurde, daß innerhalb der Gewerkschaften eine seltene Einmütigkeit vorhanden sei. Dies sei um so erfreulicher, weil die Gewerkschaften im Hinblick auf die Krise gegenwärtig eine schwere Sturmprobe zu bestehen hätten. Die gewerkschaftliche Einmütigkeit und die ungebundene Kraft berechtige auch zu der Hoffnung, daß es der deutschen Arbeiterschaft gelingen würde, auch in der kommenden Zeit maßvollen Forderungen der Unternehmer und sonstigen Diktaturplänen wirksam zu begegnen. Gelingt es uns aber, die Grundlage der jetzigen Arbeitsverfassung über den Strudel der Wirtschaftskatastrophe hinwegzureiten, dann werden wir bald wieder die Rückschläge ausmerzen, die wir unter dem Druck ungünstiger und schwieriger Verhältnisse hinnehmen mußten. Der Frankfurter Kongress wird deshalb ein neuer Ansporn für den Ausbau und die Erhaltung unserer Gewerkschaftsmacht sein.

Zum weiteren Tagesordnungspunkt berichtete Kamerad **Borgschulze** u. a. folgendes über

**Knappschaltstragen.**

Durch die zweite Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni d. J. sind

der Reichsknappschalt zum Ausgleich ihres Defizits 70 Millionen Reichsmark aus Mitteln der Invalidenversicherung und des Reichshaushalts zur Verfügung gestellt worden. Außer dieser Hilfe mußten dennoch die Leistungen der Knappschaltspensionskasse vielfach um 25 bzw. 30 Prozent für den einzelnen herabgesetzt werden, wodurch die Bezüge mancher Knappschaltinvaliden unter die Reichsgröße der allgemeinen Wohlfahrtspflege gesunken sind. Laut Verordnung sind die Zuwendungen aber nur für das Etatsjahr 1931/32 vorgelesen. Die Verhältnisse in der Knappschalt haben sich aber in den letzten Monaten derart verschlechtert, daß die begründete Befürchtung besteht, daß die gewährten Mittel und ergriffenen Maßnahmen für die vorgegebene Zeit nicht genügen werden. Bei Gewährung der Reichshilfe und bei Vornahme der Sparmaßnahmen lagen Erhebungen über die Pensionssachen aus dem ersten Quartal 1931 vor. Wenn auch ein bestimmter Verschlechterungsgrad mit einkalkuliert worden ist, so ist wohl kaum mit einer so starken Verschiebung von Beitragszahlern und Leistungsempfängern gerechnet worden, wie die letzten Feststellungen zeigen. Innerhalb des zweiten Quartals 1931 sind nämlich die Beitragszahler um 12 750 zurückgegangen, die Leistungsempfänger aber um 3 330 gestiegen. Die Zahl der Invaliden allein stieg täglich um 34, die Zahl der Witwen täglich um rund 6. Außerdem kamen in demselben Zeitraum 600 Kinder unter 15 Jahren der Invaliden hinzu. Wir halten es daher für unsere Pflicht, die Regierung auf diese katastrophale Entwicklung der Knappschaltspensionskasse hinzuweisen und müssen verlangen, daß schon jetzt geeignete Mittel zur endgültigen Sanierung der bergmännischen Berufsversicherung ergriffen werden. Diese können unter keinen Umständen in einem weiteren Abbau der Leistungen gefunden werden.

Die alterwerbenden Rechte der Bergarbeiter und ihrer Angehörigen sind ebenso zu respektieren, wie die Rechte der Großen Pensionäre. Die Bergarbeiter, Invaliden, Witwen und Waisen müssen baldigt von dem quälenden Druck befreit werden, als bräche ihre Versicherung zusammen und daß sie dann vor dem Nichts ständen.

Zum Schluß der Konferenz wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Die bevorstehenden Tarifveränderungen im Bergbau geben der Reichskonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands Veranlassung, noch einmal mit aller Eindringlichkeit vor den verhängnisvollen Folgen zu warnen, die von einer weiteren Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bergarbeiter zu befürchten sind. Dem bei längerer Dauer nicht wieder gutzumachenden Raubbau an den Lebenskräften der Bergarbeiterschaft muß Einhalt geboten werden. Dazu ist in erster Linie eine Verkürzung der bergbaulichen Schichtzeit unumgänglich. Die Verbandsführung wird beauftragt, auf diese Forderung den größten Nachdruck zu legen.“

**Blöde Heke der Wertszeitungen.  
Anonyme Goldschreiber verhöhn die Arbeiterschaft.**

Eigentlich muß man den kapitalistischen Goldschreibern und Schmierfinken dankbar sein, weil sie durch ihr Geschreibsel das Klassenbewußtsein und Solidaritätsgefühl der Arbeiterschaft mehr stärken als es der eifrigste Gewerkschaftsfunktionär tun kann. Dadurch nämlich, daß eine Clique von berufstätigen Syndikats nichts besseres zu tun hat, als Schmutzartikel zu fabrizieren, deren Zweck allzu durchsichtig ist, erweisen sie sich als eine Kraft, die das Böse will und das Gute schafft. Glücklicherweise ist nämlich die Arbeiterschaft längst nicht so dumm und naiv, wie sie die Kapitalstnechte einschätzen. Vor allem wissen die Proleten sehr gut, was sie von den anonymen „Arbeiter“briefen zu halten haben, in denen man „in einfachen und schlichten Worten“ einen hanebüchernen Blödsinn verzapft, der schon einige Wochen früher in anderer Form in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ zu lesen war. Nichtsdestoweniger seien hier einige Kostproben erwähnt. Nicht, weil wir uns ernsthaft mit diesem Blödsinn auseinandersetzen wollen, sondern um zu zeigen, was für kluge Kerle unsere deutschen Unternehmer sind, wenn sie glauben, mit derartigem kostspieligen Dreh der Arbeiterschaft eine andere Gesinnung einpflanzen zu können. Wir zitieren aus dem „Salbergmann“ folgendes:

„Ist die verkürzte Arbeitszeit ein besonderer Segen für die Arbeiter? Nein! Gewiß, es ist angenehm, nach acht Stunden Feierabend machen zu können. Der verheiratete Arbeiter begrüßt es, abends noch ein wenig in seinem Garten oder auf dem Felde zu arbeiten. Wie steht es aber in der Groß- und Mittelstadt, und wie steht es um unsere jungen Leute? Um 5 Uhr ist Feierabend und um 6 Uhr ist der Arbeiter daheim. Nun hat er vier bis fünf Stunden vor sich, mit denen er nichts anzufangen weiß. Er muß Geld ausgeben, ob er will oder nicht, und er braucht viel Geld, das er sich, wenn er bis 7 Uhr hätte arbeiten müssen, sparen konnte. Hier finden wir auch die hauptsächlichste Ursache der vielen Streiks nach Einführung des Achtstundentages: das Geld wollte nicht reichen. In meinen jungen Gesellenjahren, als ich beim Meister Kost und Logis hatte, gab ich nach einem festen Grundgesetz wöchentlich nicht mehr als 50 Pf. für persönliche Bedürfnisse aus. Ich wollte und mußte sparen, denn ich stand allein in der Welt. Während meiner sonntäglichen Freizeit — denn an den Werktagen gabs ja keine — sah ich hinter Büchern, übte mich im Zeichnen und machte einen Spaziergang, der nichts kostete. Dadurch habe ich mir viele Freuden und Kenntnisse verschafft, von denen der moderne Arbeiter nichts weiß. Für den jungen Arbeiter sind die vielen abendlichen Freistunden eine große Gefahr. Ich brauche das nicht auszumalen, denn es liegt offen auf der Hand. Sport, Politik und Liebelei füllen die Zeit aus, die für den einzelnen wie für das Vaterland bleibende Werte schaffen könnte. Der ältere Arbeiter geht ins Wirtschaftshaus oder in die Versammlung und treibt Politik, das deutsche National-

wesen. So widersinnig das auf den ersten Blick erscheinen mag, es ist doch so. Die erzwungene Herabsetzung der Arbeitszeit hat das Weltübel, die Arbeitslosigkeit, herbeigeführt.

Das Tarifwesen hat eine weitere Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeiter geschaffen und zerstört die Existenz beider. Der Arbeitgeber kann die tariflichen Löhne nur so lange zahlen, als ihm gutbezahlte Aufträge zufließen. Diese erhält er aber nicht, weil seine Waren durch die vertürzte Arbeitszeit zu sehr verteuert werden. Jeder schränkt sich ein, wo er nur kann. Die ganze Wirtschaft wird rettungslos aufgefressen durch die beiden Faktoren: Arbeitszeit und Tariflohn. Die Summe der monatlichen Konkurse zeigt dies ja mit aller Deutlichkeit. Und jeder Konkurs legt wieder ein Häuflein Menschen auf die Liste der Arbeitslosen.“

Daß es in der ganzen Welt Arbeitslose gibt, auch dort, wo man starke Gewerkschaften und Tarifverträge nicht kennt, ist dem Verfasser anscheinend unbekannt. Und daß die Geschichte der kapitalistischen Entwicklung eine Kette von Konkursen ist, weil die Groß- und Riesenbetriebe die kleinen dauernd auffressen, das scheint der unbekannte Schmierfink auch nicht zu wissen! Zum Schluß noch eine Kostprobe:

„Wir müssen einen anderen Weg gehen. Die Arbeiter müssen durch ihre Gewerkschaften der Regierung erklären, daß sie zu einer Verlängerung der Arbeitszeit bereit seien. Allerpolitische Stank muß aufhören. Dann gewinnt das Ausland wieder Vertrauen zu Deutschland und die Wirtschaft erhält wieder Kredite. Hat sie diese, dann kann sie billig und auf Vorrat arbeiten, und der Absatz steigt. Wahrscheinlich folgen dann auch die anderen Länder mit der Einführung einer verlängerten Arbeitszeit, wie sie dem „bölen“ Beispiel Deutschlands in bezug auf die Einlegung des Achtstundentages gefolgt sind. Damit werden auch die Rohstoffe billiger, die wir vom Ausland zu beziehen gezwungen sind.“

Wir sollen also länger arbeiten, damit auch die anderen Länder die Arbeitszeit verlängern und wir so in den Bezug billiger Rohstoffe kommen. Das ist wirklich eine fabelhafte Idee! Am besten, wir führen gleich den Bierundzwanzigstundentag ein, damit uns das Ausland die Rohstoffe billiger liefert! Endlich haben wir es, nämlich das Rezept zur Krisenüberwindung! Da werden selbst manche Unternehmer staunen, die sich heute den Kopf darüber zerbrechen, wie sie die in acht Stunden produzierten Warenmengen loswerden sollen. Wirklich, es ist schade, daß es keine Orden mehr gibt, der große Unbekannte hätte für seine wirtschaftspolitischen Weisheiten die höchste Auszeichnung verdient! Daß es aber auch so etwas nicht mehr gibt, ist schade. Wirklich schade!

**Jeder Kamerad**

muß unermüdet für die Stärkung seiner Organisation arbeiten. Jeder muß neue Mitglieder werben!

Kurze Arbeitszeit ist also Unsinn, weil eine Freizeit für die Arbeiterschaft aus kulturellen Gründen nicht zu veranworten ist. Bei einem derartigen Blödsinn bleibt uns tatsächlich, wie man sagt, die Spucke weg! Deshalb nur ein Zwischenruf: Wenn die Unternehmer tatsächlich von der Sorge gequält werden, die Arbeiter könnten ihre Freizeit mißbrauchen, dann ist es unverantwortlich von ihnen, daß sie vier bis fünf Millionen Arbeitslose ertragen, ohne die Bierzigstundenwoche einzuführen, die wir fordern. Denn wenn 8 und 9 Stunden Arbeitszeit zu wenig sind, dann muß es nach Auffassung dieser Herrschaften eine Todesstrafe sein, Millionen von Arbeitshänden völlig zum Nichtstun zu verurteilen. Aber auch dafür findet man in dem Käseblatt eine Erklärung, indem man schreibt:

„Die wahre Ursache der Arbeitslosigkeit ist die gesetz-

liche Festlegung des Achtstundentages und das Tarif-

# Der 14. Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M.

Im weiteren Verlauf der Tagung sprach dann Professor Dr. Emil Lederer (Heidelberg) über:

## Die Umwälzungen der Wirtschaft und die Vierzigstundenwoche.

Er führte u. a. aus: In erster Linie interessieren den Kongress die Fragen der Sozialpolitik und insbesondere der Arbeitszeit. Wir können aber diese Fragen nicht losgelöst als eine Frage der Länge des Arbeitstages behandeln, sondern müssen sie hinstellen in die heutigen Zusammenhänge der Wirtschaftslage. Es schließt diese Frage der Verkürzung der Arbeitszeit auf die Vierzigstundenwoche — sei es eine Verkürzung des Arbeitstages, sei es ein Uebergang zur Fünftagewoche — mehrere Fragen in sich, die isoliert behandelt werden können.

Erstens, die Frage, ob diese Arbeitszeit nach dem Stande der Technik heute ausreicht, um das notwendige Sozialprodukt zu erzeugen und daher die Güterversorgung der Völker in der Welt nicht gefährlich einzuschränken.

Die zweite Frage ist, ob innerhalb einer solchen kurzen Arbeitszeit die Möglichkeit für ein auf Privatwirtschaft gestelltes System weiter bestünde — was sich ja mit der ersten berührt —, weil innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft der Profit wenigstens teilweise in der Form von Produktionsmitteln erscheint. Die Frage, ob der Profit weiter bei einer Arbeitszeit von 40 Stunden erzielt werden kann, ist identisch mit der Frage, ob in dieser Zeit genügend Konsumgüter und außerdem noch Produktionsmittel zur Erweiterung der Produktion erzeugt werden können.

Die dritte Frage ist die der Wirkung auf den Arbeiter selbst, die Bedeutung einer Einschränkung der Arbeitszeit auf die Qualität der Arbeit, auf die Leistungsfähigkeit der Arbeiter, vor allem aber auf die Gestaltung des außerberuflichen Lebens, der erhöhten Freizeit.



Th. Leipart, Vorsitzender des ADGB.

Man kann die gegenwärtige Lage der Weltwirtschaft gar nicht richtig erfassen, wenn man nicht ausgeht von den sehr tiefgreifenden und geradezu einschneidenden technischen Veränderungen, die während des Krieges und insbesondere in der Nachkriegszeit vor sich gegangen sind.

Es sind vor allem die Veränderungen in der überseeischen Rohstoffproduktion, durch die die europäische Landwirtschaft, soweit sie Getreide produziert, und weit darüber hinaus, außerordentlich stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die Lebenskosten haben sich nicht als Folge der Senkung der Preise für Getreide, vor allem in Europa, gesenkt, sondern die Aufnahmefähigkeit der Rohstoffe produzierenden Länder ist stark gesunken, so daß sie als Konsumenten für andere Produkte nur mehr in geringerem Umfange als früher in Frage kommen.

Neben diesem Umstande kommt, wenigstens für Deutschland und auch für England, eine sehr erhebliche Bedeutung der Tatsache zu, daß der Altersaufbau unserer Bevölkerung sich wesentlich geändert hat, daß also der Anteil der Bevölkerung an den Jahreshelassen, die normalerweise einen Erwerb suchen müssen, also den Jahreshelassen zwischen 16 und 50 Jahren, sehr stark gestiegen ist. Die Tatsache, daß wir heute 2 bis 3 Millionen relativ mehr an erwerbsfähigen Leuten haben, als der Bevölkerungszahl im Vergleich zur Vorkriegszeit entsprechen würde, spielt für die Frage der Krise, insbesondere der Arbeitslosigkeit, eine erhebliche Rolle.

In früheren Krisen war der Zusammenbruch der wirtschaftlichen Lage gekennzeichnet durch einen Zusammenbruch des Preissystems, den wir heute nur bei einigen Fertiggütern haben. Wir arbeiten wahrscheinlich in größerem Umfange als früher mit Subventionen, wozu auch die Zölle rechnen, denn es ist nicht dasselbe, wenn der Zoll auf einen hohen, und wenn er auf einen niedrigen Weltmarktpreis wirkt. Wir stellen immer noch zuwenig diese Frage der Zölle und der Organisationen, welche die Zölle aufrechterhalten, in den Mittelpunkt der Erörterungen und mobilisieren noch zuwenig alle Kräfte, über die wir verfügen, nach dieser Richtung hin. Dabei spielt der Gedanke bewußt oder unbewußt mit, daß die großen Organisationen, daß Kartelle und Trusts, als eine Vorstufe zu einer gesellschaftlichen Organisation der Produktivkräfte zu betrachten seien. Die Organisationen, wie sie uns heute gegenübersehen, nämlich hinter den ungeheuren Holmauern, sind aber gar nicht das, was die Organisation einer sozialistischen Wirtschaft antreibt. Die Organisation einer sozialistischen Wirtschaft will eine Organisation des Betriebes sein, eine Organisation der Erzeugung zum Zwecke der Produktion von mehr Waren, zum Zwecke der Herstellung eines größeren Sozialproduktes, während wir hier innerhalb der Kartelle eine planmäßige systematische Einschränkung der Produktion, eine systematisch falsche Verteilung des Sozialproduktes, vor uns haben.

Diese Lage ist nun nicht bloß als ein wirtschaftliches Problem zu beurteilen und zu behandeln, sondern wir sehen in einem Maße, wie wir das früher nie konnten, eine Verknüpfung dieser Gesamtkrise mit den Problemen des politischen Schicksals Europas oder des politischen Schicksals der Welt überhaupt.

**In welcher Weise wirkt aber die Politik auf die Wirtschaft?** Wir haben erstens die Tatsache der Reparationen mit ihrem Drang auf den Markt, mit der Notwendigkeit für die deutsche Volkswirtschaft, ihr Exportvolumen zu erhöhen, mit dem Druck auf die Preise der Exportgüter, die bekannte deflationistische Wirkung der Reparationen, wodurch entsprechende Störungen der ausländischen Märkte unvermeidlich sind, welche sich in Arbeitslosigkeit und in politische Unruhen umsetzen. Das hat dann wieder zur Wirkung, daß das Vertrauen in die weitere Entwicklung gehemmt wird, und daß damit die Entwicklung, die Ausdehnung der Wirtschaft stößt.

Wir haben dann zweitens die Wirkungen der Reparationen nicht nur auf dem Weltmarkt, sondern auch in Deutschland selbst, insofern es Aufgabe des deutschen Volkes ist, aus Steuermitteln soviel herauszubringen, um diese Reparationen zu bezahlen, das heißt, um die Exportwaren, die wir nach dem Ausland schicken, zu produzieren und zu bezahlen. Es ist aus dieser Tatsache eine Stimmung der Unruhe und Unsicherheit entstanden, welche nun aber viel höhere Wellen schlägt als sich; das aus der unmittelbaren Tatsache der Reparationen selbst erklären würde, und zwar deshalb, weil man in wichtigen Wirtschaftszentren schon seit Jahren daran zweifelt, daß die deutsche Volkswirtschaft imstande sein würde, auf die Dauer aus sich heraus die Reparationen und dazu noch die Verzinsung der ausländischen Anleihen aufzubringen.

Dieser Zweifel, dieses Mißtrauen haben eine wichtige Formwandelung des Kreditverkehrs zur Folge. Die Gelder, die ehemals langfristige Kredite gegeben wurden, werden nunmehr nur kurzfristige gegeben, weil der Gläubiger — allerdings fälschlich — glaubt, daß er, wenn er sein Geld jeden Tag oder mit dreimonatiger Kündigung zurückfordern kann, in höherem Umfange gesichert ist, als wenn er es erst nach langer Frist zurückfordern kann. Wir haben also heute die Lage, daß das Kapital jederzeit bereit ist, in Deckung zu gehen, sich zurückzuziehen. Das ist natürlich zur Führung eines auf lange Sicht gedachten Wirtschaftsprozesses nicht günstig.

Diese Unsicherheit hat weiterhin die Konsequenz, daß die kapitalistischen Wirtschaften entgegen ihrem Lebens- und Entwicklungsgesetz danach trachten, autarke Wirtschaften zu werden, und zwar gerade die stärksten, gerade diejenigen, die sich am meisten ausweiten müssen. Es ist für eine große Nation gar nicht möglich, wie ein Hirt einsam in den Bergen zu leben und sich von Brot und Schafkäse zu nähren. Wenn einer schwächeren Nation die Autarkie aufgezwungen wird, führt das zu immer größerer Armut und zu einer Steigerung der politischen Spannungen, die dann wiederum die Abzüge des Kapitals beschleunigen mit der Wirkung, daß die politischen Spannungen als Folge wachsender Not nur noch steigen.

Es sind ganz handfeste Tatsachen, die die internationale Verflechtung notwendig machen und ihre Zerreißung zu einer Katastrophe für jede davon betroffene Wirtschaft machen müssen. Es ist auch hier wieder die technische Entwicklung. Genau so, wie die Weltwirtschaft in Deutschland dem einheitlichen Wirtschaftsgebiet zunächst des Zollvereins weichen mußte, weil ein großes Unternehmen seinen Absatz in einem engen Bereich nicht finden kann, genau so drängt heute die technische Entwicklung zur Ueberwindung, zur Ueberspringung der nationalen Grenzen. Wenn wir die Werte der IG, der Stickstoffindustrie usw. betrachten, so haben wir eine ganz ähnliche Veränderung der Produktionsfähigkeit, wie sie die Erhebung des Handwerks durch die kleinere oder mittlere Fabrik mit sich gebracht hat. Genau so wie damals der Markt von der kleinen Stadt zum Land erweitert werden mußte, so muß heute der innere Markt eines Staates zum Weltmarkt erweitert werden. Statt dessen sehen wir, daß die Politik immer mehr auf starke Hemmnisse trifft, daß die Entfaltung der Produktion durch die Zollsysteme und durch die private Organisation der Produktion selbst immer mehr gehemmt wird. Wir dürfen nicht übersehen, daß es dabei nicht nur um die Freiheit des Konsumenten, sondern auch um die Freiheit des Arbeitenden geht. Es ist notwendig und sehr an der Zeit, sich daran zu erinnern, daß der Sozialismus und die Bewegung für die gesellschaftliche Regelung der Produktivkräfte ursprünglich eine Freiheitsbewegung war, daß es galt, die den Menschen gegebenen angeborenen Rechte, wie man damals sagte, zu erobern oder wiederzuerobern. Wir dürfen uns durch die Idee, daß auch der Sozialismus eine Organisation der Produktivkräfte sein will, nicht hindern lassen, diejenigen Organisationen mit allen politischen Mitteln zu bekämpfen, die ein Hemmnis für die Entfaltung der Produktion, also auch für die freiere Gestaltung des persönlichen Schicksals der Menschen sind.

Worin liegt nun heute die ökonomische Schwierigkeit? Darin, daß keine ausichtsreichen Felder für neue Investitionen



Brauer, Oberbürgermeister.

zu erblicken sind. Die Frage, wo und wie investiert werden soll, ist in der Tat von ganz großer Bedeutung. Durch den Hinweis auf die politische Lage, durch den Hinweis auf die Notwendigkeit der Wiederherstellung des Vertrauens ist diese Frage noch in keiner Weise beantwortet. Es wird schon klar, wenn wir uns etwas die Probleme, die in Deutschland in Angriff genommen werden könnten, vergegenwärtigen, etwa die Frage, die einmal im Reichswirtschaftsrat erörtert wurde, ob die Verstärkung des Unterbaues der Eisenbahn oder der Bau von neuen Automobilstraßen oder die Elektrifizierung der Bahnen zweckmäßig seien. Das sind ja keine Anlagen, die die Reproduktion des Wertes durch Verkauf von Leistungen in sich schließen. Es handelt sich nicht darum, neues Kapital zu schaffen, sondern darum, den Verlust eines investierten Kapitals durch einen überlegenen Konkurrenten zu verhüten. Es handelt sich bei diesen Investitionen noch nicht um den Aufbau einer neuen Produktion, die in sich ihren Markt tragen wird. Auch die Empfehlungen des MacMillan-Berichts oder die Empfehlungen, die im Völkerverbund akzeptiert wurden, um das Währungssystem zu ändern und die Kreditgewährung zu erleichtern, laufen in dieselbe Richtung, Investitionen zu erleichtern. Dabei müssen wir immer noch fragen, auf welchem Gebiete sich diese Investitionen erstrecken sollen.

Was heißt das? Die Produktionskapazität der europäischen und amerikanischen Volkswirtschaft, soweit sie technisch zugänglich ist, muß zuerst ausgefüllt werden. Die Ausweitung der Produktion müßte daher die erste Forderung sein. Ausweitung der Produktion bedeutet, ins Kredittechnische umgelegt, Erweiterung der Betriebskredite; nicht die Gewährung neuer Anlagekredite, sondern die Erweiterung der Betriebskredite in ausichtsreichen Unternehmungen, die ihren Markt erweitern können und dann indirekt alle übrigen Produktionszweige mit beleben würden. Das müßte die erste Station sein, die zu erreichen wäre.

Alle diese Fragen hängen nun miteinander zusammen. Wir können die Krise weder bloß von der politischen noch bloß von der ökonomischen Seite her lösen. Die Befriedung der Welt würde die störende Wirkung der Kartelle, die vernichtende Wirkung der Zollsysteme nicht beseitigen. Selbst wenn alle Völker

sich in die Arme fallen würden, was ich dringend wünsche, so wäre das zwar politisch und psychologisch ein ungeheurer Fortschritt, aber es würde ökonomisch noch nicht sehr viel nützen, wenn wir nicht die Disproportionalität der Produktionszweige abbauen können. Das Unterbleiben der Investitionen ist ökonomisch begründet in der besonderen Schwere der Krise durch den technischen Fortschritt und die Disproportionalitäten.

Es ist vielleicht nicht überflüssig, bei dieser Gelegenheit die Frage aufzuwerfen, ob wir nach der Ueberwindung der Krise, also nach der Wiederherstellung eines Gleichgewichts, nach der Ausfüllung des Kapazitätspielraums, und nachdem sich das neugeblibene Kapital überall wieder investiert hat, mit einer völligen

## Aussaugung der Arbeitslosen

zu rechnen haben. Bestimmte Tatsachen der Entwicklung der letzten Jahre lassen es unwahrscheinlich erscheinen, daß auch im Falle einer noch so schnellen und starken Besserung des Geschäftsganges sämtliche Arbeitslosen wieder aufgesaugt werden. Die Ursache dafür liegt in dem Tempo, das die technische Entwicklung in den letzten Jahren eingeschlagen hat. Es ist nicht richtig, daß infolge erhöhter Gewinne oder gesenkter Preise bei technischen Fortschritt eine zusätzliche Nachfrage nach Arbeitskräften auf dem Markt entsteht, die die entlassenen Arbeiter sofort wieder aufsaugt.



W. Eggert, stellvertr. Vorsitzender des ADGB. (neu gewählt).

Die Maschine des technischen Fortschritts läuft rascher als die Kapitalbildung, wenigstens kann sie rascher laufen, und sie hat es in den letzten Jahren getan. Eine große Masse von Arbeitskräften ist durch den technischen Fortschritt in Uebersee und bei uns freigesetzt worden, für die Auffangorganisationen noch nicht gegeben sind.

Für unsere Problemstellung bedeutet es, daß wir mit einer erheblichen sogenannten strukturellen Arbeitslosigkeit zu rechnen haben werden, solange nicht für alle die Massen, die durch den technischen Fortschritt ausgeschaltet worden sind, neue Produktionsstätten aufgebaut werden. Und das kann natürlich lange dauern.

Mit der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit hängt eine ganze Reihe anderer Fragen zusammen, aber es kam mir in erster Linie darauf an, durch die Analyse der gegenwärtigen Lage nachzusehen, daß es sich hier nicht nur um eine Forderung handelt, die unmittelbar aus der gegenwärtigen Situation heraus erhoben wird, sondern um eine Forderung, die mit gutem Gewissen als eine Dauermaßnahme empfohlen werden kann. Sie würde zunächst einmal ökonomisch wohltätig wirken, und wenn sie einmal in Zeiten guter Konjunktur die Arbeitslosigkeit restlos beseitigen sollte, so würde sie außerordentlich günstig auf die soziale Verankerung und damit auf die öffentlichen Finanzen wirken. Außerdem würde in keiner Weise die Höhe des Sozialproduktes selbst verringert. Auch aus dem Arbeitsprozeß heraus würde sich die Verkürzung der Arbeitszeit empfehlen, weil in zahlreichen Produktionszweigen die Veränderung der Technik zu einer sehr starken Beanspruchung der Arbeiter geführt hat.

Die Frage der Reallohne, also des Lohnausgleichs, wird natürlich bei einer besseren Wirtschaftslage sofort zu einem praktischen Problem. Auch von diesem Gesichtspunkt aus ist eine Verkürzung der Arbeitszeit empfehlenswert, weil, solange noch strukturell Arbeitslose von 800 000 oder eine Million Menschen auf dem Markte sind, eine entsprechende Steigerung der Reallohne bei noch so raschem Steigen des Sozialproduktes an den Schwierigkeiten der Arbeitsmarktlage ihre Schranken finden würde. Es ist für noch so große und starke Gewerkschaften eine sehr schwierige Sache, im Falle einer so erheblichen Arbeitslosigkeit eine Steigerung der Reallohne durchzuführen.

Die Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung reicht natürlich weit über die ökonomische Bedeutung selbst hinaus. Es ist zunächst eine Forderung, die in der deutschen Öffentlichkeit nicht den genügenden Widerhall gefunden hat, den sie verdienen würde, eine Forderung, die das glänzendste Zeugnis für die Lebendigkeit des Solidaritätsgefühls innerhalb der Arbeiterklasse ist, die ein tatsächlich beschränktes Arbeitsvolumen zur Grundlage einer Forderung der Verteilung desselben auf eine größere Masse macht. Dabei sind sich die einzelnen wohl darüber klar, daß ein Lohnausgleich damit schwerlich oder nur in ganz unzulänglichem Umfange verbunden wäre. Es steht das gerade im Gegensatz zur kapitalistischen Denkweise. Also hier liegt ein der Art nach anderes Bewußtsein vor, das sich natürlich wieder aus der Lage ergibt.

Es sind damit aber natürlich auch noch andere Konsequenzen verbunden, die in dem Buche über „Die Vierzigstundenwoche“ (herausgeg. von Th. Leipart, zu beziehen durch unsere Buchhandlung Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Str. 42 - D. Red.) angedeutet oder näher ausgeführt sind. Es ist natürlich, daß eine Vermehrung der Freizeit, wenn sie richtig angewandt wird, zur Hebung des Niveaus und zu einer Verbesserung der Gesamtanlage der Arbeiterschaft führen muß insofern, als hier die Möglichkeit gegeben ist, zu dem Arbeitsinhalt noch anderen Lebensinhalt hinzuzufügen oder diesen anderen Lebensinhalt in höherem Maße als bisher zu pflegen. Die deutschen Gewerkschaften würden, wenn sie die Vierzigstundenwoche durchsetzen und entsprechend auswerten können, eine nationale Leistung ersten Ranges vollbracht haben, weil sie dem Arbeiter die Verfügungsmöglichkeit über seine Persönlichkeit erweitern, und weil all die Triebkräfte, die mit Beginn der sozialistischen Bewegung lebendig waren, der Drang nach Freiheit, nach Ausweitung des eigenen Selbst, sich in ungeheurem Maße entfalten könnten. Wir haben heute nur eine Freisetzung von Arbeitskräften durch die Maschine und die kapitalistische Konjunktur. Wir müssen anstreben eine Freisetzung der persönlichen Kräfte durch den technischen Fortschritt, und das kann die Wirkung einer verkürzten Arbeitszeit sein.

Der Kongress nahm zu diesem Referat folgende Entschließung des Bundesvorstandes an:

„Die Weltwirtschaftskrise ist in ihrer Dauer und Schwere durch die Weltlagerung zahlreicher Störungen

verursacht. Das gewohnte Krisenmoment der kapitalistischen Wirtschaft, die Spannung zwischen Erzeugungsmöglichkeiten und Kaufkraft, hat außergewöhnliche Ausmaße angenommen. Hinzugekommen ist eine Reihe von Sonderursachen, deren Wirkungen insbesondere Deutschland katastrophal getroffen haben.

Die Entwicklung der Krise hat in eindringlicher Weise gezeigt, daß die politische Organisation der Welt nicht den für die Wirtschaft erforderlichen Grad erreicht hat. Die Welt steht vor der Wahl, die politischen Spannungen durch eine aufrichtige Ablage an den Krieg, d. h. durch allgemeine Abriistung zu beseitigen und derart die notwendige Vorbedingung für eine Weltwirtschaft zu erfüllen — oder auf dem weltwirtschaftlichen Zusammenhang zu verzichten und alle hieraus sich ergebenden schlimmen Folgen zu tragen.

Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, die Forderung nach der gesetzlichen allgemeinen 40stündigen Arbeitswoche weisheitlich mit größter Entschiedenheit zu vertreten. Der Kongreß verpflichtet alle Funktionäre der Gewerkschaften und die Gesamtheit der Mitglieder, sich mit allen Kräften für diese Forderung einzusetzen, um den nationalen Notstand der Erwerbslosigkeit zu lindern und die brachliegende Arbeitskraft wieder in den Dienst der Volkswirtschaft zu stellen.

Es folgte dann ein Referat über:

**Öffentliche und private Wirtschaft**

von Oberbürgermeister Brauer (Altona), aus dem wir festhalten:

Staatliche Porzellanfabriken und Brauereien, Staatsforsten und Domänen, staatliche Salinen und Heilquellen ragen als Ueberreste einer umfassenden mittelalterlichen Staats- und Stadtwirtschaft noch in unsere Zeit hinein und erinnern an eine jahrhundertelange Blütezeit staatlicher Manufakturen, Fabriken und Bergregale. Im Vergleich zu dieser mittelalterlichen Wirtschaft hat sich die öffentliche Hand aus der Wirtschaft zurückgezogen. Die Neuzeit erfordert jedoch in immer stärkerem Maße eine Rückkehr zur öffentlichen Wirtschaft.

Durch die Bevölkerungsanhäufung in den Städten entfallen nämlich Massenbedürfnisse, deren Bedeutung für die Allgemeinheit eine gemeinsame Deckung und öffentliche Bewirtschaftung wünschenswert erscheinen läßt. Die Organisationsfehler der Privatwirtschaft, deren Begleiterscheinung zahllose Zusammenbrüche und verheerende Krisen sind, kennzeichnen die private Wirtschaft als eine ungeeignete Wirtschaftsform für lebensnotwendige Bedarfsgegenstände.

Aber auch die Strukturwandlungen der deutschen Wirtschaft führen zur öffentlichen Wirtschaft hin. Die Privatwirtschaft hat das Prinzip der Wirtschaftsfreiheit durch Vereinbarungen und Zusammenschlüsse selbst aufgegeben und sich in großem Ausmaß vergesellschaftet. Aus der individualistischen Wirtschaft ist bereits in vielen Industrien eine kollektivistische Wirtschaft geworden, von der nur ein kleiner Schritt zur öffentlichen Bewirtschaftung ist. Wo durch solche Zusammenschlüsse und Vereinbarungen die günstigen Auswirkungen der freien Konkurrenz auf die Preisbildung und den technischen Fortschritt ausgeschaltet sind, müssen durch öffentliche Konkurrenzbetriebe die Preise beeinflusst und die Selbstkosten der Privatwirtschaft kontrolliert werden.

Diese Beseitigung der Konkurrenz ist eines der vielen Kennzeichen für die allgemeine Furcht der Privatwirtschaft aus dem Risiko, das doch allein dem Unternehmer seine Existenzberechtigung gibt. Man strebt eine gesicherte Rente ohne Risiko an. Dazu gehört auch die Heranzüchtung eines wirtschaftsindustriellen Staatsrententums durch Exportprämien, Schutzzölle, Subventionen und Ausfallbürgschaften des Reiches, wobei das Risiko die Allgemeinheit trägt. Es ist nur eine Selbstverständlichkeit, wenn die Allgemeinheit nicht bloß am Verlust, sondern auch am Gewinn der Privatwirtschaft beteiligt sein will und einen verstärkten Einfluß auf die Wirtschaftsführung verlangt. Diese Forderung ist um so berechtigter, als die großen Wirtschaftsorganisationen heute Entscheidungen über den Rahmen der Privatwirtschaft hinaus von volkswirtschaftlicher Bedeutung fällen, obwohl es unbestreitbar Sache des Reiches ist, die volkswirtschaftlichen Interessen zu wahren. Erst durch eine öffentliche Kontrolle der Großbetriebe wird die erforderliche Synthese von Wirtschaft und Staatspolitik hergestellt werden.

Das ist auch deshalb besonders zu betonen, weil heute Privatwirtschaft und Volkswirtschaft auseinanderklaffen. Im Vordergrund der privaten Produktion steht nicht die Bedarfsdeckung, also der Dienst an der Allgemeinheit, sondern der Verdienst. Diese Einstellung der Privatwirtschaft führt zu Erschütterungen der Volkswirtschaft. Die Privatwirtschaft verharrt bei einer großen Anzahl von Warenpreisen in überlebten Wertrelationen und findet keinen Anschluß an die vorhandene Konsumkraft. Durch diese falsche Preispolitik werden Millionen Arbeiter auf die Straße geworfen und aus Steuerzahlern und Käufern zu einer Belastung der Allgemeinheit. Ein ungeheurer unbefriedigter Bedarf an Wohnraum, Kleidung und Nahrung kann sich nicht in Absatz verwandeln, weil die Preise viel zu hoch sind. Im Gegensatz zu diesem Profitstreben der Privatwirtschaft erhält der öffentliche Betrieb seinen inneren Antrieb vom Dienstwillen an der Gesamtheit. Er ist eine notwendige Korrektur der individualistischen Wirtschaftsauffassung und ein glücklicher Ausgleich zwischen dem ertragswirtschaftlichen Gedanken und der Idee des Gemeinwohls.

Die öffentliche Wirtschaft bedeutet noch nicht Sozialismus. Bismarck wurde die Kommunalisierung im vorigen Jahrhundert durchgeführt zur Zeit des Sozialistengeheges und des Dreifloßerwahlrechts, das die Arbeitererschaft von allen Stadtparlamenten fernhielt.

Jedoch haben die massiven Angriffe gegen die öffentliche Wirtschaft einen politischen Hintergrund. Man will die infolge des allgemeinen Wahlrechts zu politischem Einfluß gekommenen Bevölkerungsschichten auch weiterhin in wirtschaftlicher Ohnmacht erhalten und von der Wirtschaftsführung ausschließen. Ohne wirtschaftliche Macht ist die Eroberung eines besitzlosen Staates nichts anderes als die Ergreifung einer leeren Kasse. So betrachtet, sind die Angriffe der Privatwirtschaft gegen die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand nur der Versuch, die politischen Kräfteverschiebungen der letzten Jahre zu annullieren. Die Angriffe der Privatwirtschaft stehen im trassen Widerspruch zu dem Gedanken des freien Wettbewerbs. Ein Verbot der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand wäre mit einer Privilegierung der Privatwirtschaft identisch und würde zugleich das Recht der kommunalen Selbstverwaltung antasten.

Heute verlangt das Staatsinteresse den Ausbau der öffentlichen Wirtschaft. Die Deckung des öffentlichen Finanz-



**Bier Alte aus den bayerischen Bergen.**

Wer kennt sie nicht in unserer Zahlstelle, diese alten treuen Knappen? Sie sind Musterbeispiele gewerkschaftlichen Opferfinns und solidarischen Kämpferwillens. Ihr halbes Menschenleben stehen sie im Dienste der Arbeiterbewegung:

- Hans Abtinger, 67 Jahre alt, 31 Jahre Mitgliedschaft,
- Hans Achenbrenner, 74 Jahre alt, 32 J. Mitgliedschaft,
- Theodor Simbeck, 76 Jahre alt, 32 Jahre Mitgliedschaft,
- Josef Wagner, 78 Jahre alt, 32 Jahre Mitgliedschaft.

Die vier Kameraden sind zusammen 295 Jahre alt und haben eine Verbandszugehörigkeit von 127 Jahren hinter sich. Im Jahre 1899, als es noch ein Risiko war, kein Stück Brot in eine rote Zeitung zu wideln, fanden sich diese Männer zusammen, um durch vereinte Kraft, trotz aller Maßregelungen und Schikanen, ihr Recht zu fordern. Solidarisches Handeln an ihren Klassenkameraden war ihr oberster Grundsatz, und dieses Gefühl der Zusammengehörigkeit hat unsere Alten einst so stark gemacht. Möge unsere Jugend hieraus die Lehre ziehen, denn heute ist es dank der zähen Pionierarbeit unserer Väter kein Risiko mehr, organisiert zu sein. Nur fort mit aller Beitragsfreudigkeit und egoistischem Kleingeist, denn diese alten Kämpfer waren auch heroisch und ihre Zeitverhältnisse waren sicher nicht rosig, da ja eben diese Tatsache ihnen die Notwendigkeit der Bildung starker Gewerkschaften zeigte. Und wer heute, in der Zeit der reaktionären Hochkonjunktur, wo nur eine starke Arbeiterbewegung unser Rettungsanker sein kann, von unseren Reihen absteift, belohnt unsere alten Bahnbrecher mit Undant. Vieles wurde erkämpft, aber der Weg vorwärts geht nicht immer gradlinig, und wer beim Stillstand oder gar einem Rückzug die Flinte ins Korn wirft, ist ein schlechter Soldat. Wir brauchen aber heute ein großes Heer guter Soldaten mit starken Nerven, denn unser Feind ist auch gut organisiert. Wir müssen festhalten an dem unerschütterlichen Kampfgeist unserer Vorkämpfer, treu stehen zur Idee der Arbeiterbewegung in guten wie in schlechten Zeiten, dann wird der Sieg in dem großen gigantischen Kampf zwischen arm und reich auf unserer Seite sein. Möge das leuchtende Beispiel dieser alten Väter der Jugend ein Ansporn sein! Ihnen aber wünschen wir noch viele Jahre in bester Gesundheit mit dem Versprechen, das Banner, das sie einst unter den schwierigsten Verhältnissen entfaltet haben, voran zu tragen in eine bessere und glücklichere Zeit, in die Zeit des kommenden Sozialismus!

bedarfs durch eine eigene wirtschaftliche Tätigkeit des Reiches würde viel reibungsloser vor sich gehen als durch die bisherigen Zwangsbeiträge in Steuerform. Und man hätte die Gewißheit, daß die erwirtschafteten Erträge nicht ins Ausland flüchten würden. Die Privatwirtschaft hat durch die ungeheure Kapitalflucht ins Ausland sich als eine ungeeignete Basis unserer Währung erwiesen. Nur über Eigenbesitz des Reiches führt der Weg zu einer gesicherten Währung. Ohne solchen Eigenbesitz bleibt ein armes und verschuldetes Gemeinwesen der schlechteste Bankrott in Permanenz. Will man den Staat nicht als Träger öffentlichen Eigentums, so wird er eben automatisch zum Träger öffentlicher Schulden. Im Feudalstaat, im ständischen und absolutistischen Staat hatte die Staatsgewalt großes Eigenvermögen. Erst der ökonomische Liberalismus wurde der Schöpfer des grundständig armen Staates. Der Staat wurde aus der Wirtschaft verdrängt und ist nur noch souverän aus zweiter Hand. Die Sicherung des demokratischen Staates fordert jedoch die Schaffung wirtschaftlicher Eigenmacht des Reiches. Die industriellen Großunternehmen bilden wirtschaftliche Herzogtümer, denen gegenüber das Reich sich eine wirtschaftliche Hausmacht verschaffen muß. Die Interessen der Allgemeinheit müssen dabei allen Individualrechten vorgehen. Am Ende ist jede Steuer eine Konfiskation vom Privateigentum und ein Zwangseingriff in die Wirtschaft.

Die politische Demokratie allein genügt nicht; sie wird erst gesichert und fundiert durch eine Demokratisierung der Wirtschaft und Rationalisierung der jetzigen Wirtschaftsverfassung. Der öffentliche Betrieb ist ein Anfang und ein Teil dieser Entwicklung.

Hierzu wurden folgende Entschlüsse angenommen:

I.

„Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist neben den Auswirkungen des Weltkrieges auf das Versagen des herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystems zurückzuführen. Eine der Voraussetzungen zur Ueberwindung der Krise ist die verstärkte Einflussnahme der öffentlichen Hand auf die Gesamtwirtschaft und ihre Funktionen.

Die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Körperschaften entspringt ihrem geschichtlichen Aufgabenkreis. Ein wesent-

liches Charakteristikum der Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist die Verschiebung des wirtschaftlichen Schwergewichts von der privaten in die öffentliche Sphäre.

Die Forderung der Privatwirtschaft nach Beseitigung oder Einschränkung der öffentlichen Wirtschaft widerspricht allen Erfahrungen der letzten Jahre, die eindeutig das Dogma widerlegen, daß Privatbetriebe an sich gut, öffentliche Betriebe an sich schlecht seien. Immer häufiger haben gerade Privatbetriebe die Hilfe der öffentlichen Hand in Anspruch genommen und damit das Risiko auf den Staat abgewälzt. Die ungeheuren Fehlinvestitionen in der Privatwirtschaft haben die Behauptung von der Verschwendungswirtschaft der öffentlichen Hand als Legende klar erkennen lassen.

Der Niedergang der deutschen Gesamtwirtschaft ist wesentlich dadurch mitbedingt, daß die öffentliche Wirtschaft durch systematische Kreditdrosselung zu einer starken Einschränkung öffentlicher Arbeiten gezwungen wurde. Neue Erschütterungen der Gesamtwirtschaft wären unausbleiblich, wenn die öffentlichen Betriebe weder privatwirtschaftlichem Rentenwillen überantwortet würden. Angesichts der wachsenden Not der Bevölkerung erfordert das Gemeinwohl die Erhaltung der öffentlichen Unternehmungen und ihren gemeinwirtschaftlichen Ausbau. Vornehmstes Wirtschaftsziel der öffentlichen Unternehmungen kann nicht der Profitwille sein, sondern der Dienstwille an der Gesamtheit. Diese soziale und wirtschaftliche Zielsetzung muß auch in der Stellung zum Ausdruck kommen, die die öffentlichen Betriebe ihren Arbeitnehmern gewähren.

Abzulehnen sind alle direkten und indirekten Maßnahmen, die die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit der öffentlichen Körperschaften einengen. Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik muß es vielmehr sein, die öffentliche Hand und ihre Wirtschaftskräfte in stärkstem Maße für eine Milderung der Arbeitslosigkeit einzusetzen. Zu fordern ist eine Erweiterung der Betätigung der öffentlichen Hand auf allen Gebieten, die sich für ein zentrale Planung eignen und dauernden volkswirtschaftlichen Wert besitzen. Zur Produktionsanregung in diesem Sinne eignen sich vor allem die öffentliche Energiewirtschaft, das Verkehrswesen und die Wohnungswirtschaft. Voraussetzung dafür ist die planmäßige Zusammenfassung der öffentlichen Unternehmungen von Reich, Ländern und Gemeinden auf den einzelnen Wirtschaftsgebieten. Die öffentlichen Sparkassen und Bankunternehmungen müssen dabei stärker als bisher in den Dienst der Wirtschaftsaufgaben der öffentlichen Körperschaften gestellt werden.

Der Kongreß erblickt in der Verstärkung der Einflussnahme der öffentlichen Hand auf die einzelnen Wirtschaftszweige die Möglichkeit gemeinwirtschaftlicher und geldelns schon in dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und den geeigneten Weg für die Umwandlung der kapitalistischen Profitwirtschaft in eine planmäßige Bedarfsdeckungswirtschaft.

II.

„Innerhalb der Aufgaben, die Staat und Kommunen zu erfüllen verpflichtet sind, gehört das Bauwesen zu den wichtigsten Teilen der öffentlichen Wirtschaft. Neben dem Straßenbau und dem Bau und der Unterhaltung von anderen Verkehrsanlagen, dem Bau von Wasserversorgungs-, Licht- und Kraftanlagen, von Kanälen zur Aufnahme von Abwässern und zu sonstigen Zwecken, dem Bau von Schulen, Krankenhäusern, Versorgungs- und Erholungsheimen und von sonstigen der Volksgesundheit und damit dem Volkwohl dienenden Anlagen, ist insbesondere notwendig, das Wohnungs- und Siedlungswesen durch die öffentliche Hand (Reich, Länder, Gemeinden) nachdrücklich und planmäßig zu fördern.

Der Kongreß protestiert gegen die volkschädigende, durch den Entzug von Mitteln aus der Hauszinssteuer verursachte Drosselung des Wohnungsbaues. Die Wohnungsnot ist dadurch zum Dauerzustand geworden, sie wird erneut gesteigert und der Zerbruch alter unhygienischer Wohnungen verhindert. Der Zweck des Kleinwohnungsbaues ist, für die arbeitenden Volksschichten gute gesunde Wohnungen in einem dem Bedarf genügenden Maße zu erschwinglichen Mieten zu beschaffen. Das ist in erster Linie nur möglich durch eine ausreichende und planmäßige Verwendung von Geldern aus der Hauszinssteuer.

Die öffentliche Wirtschaft kann dieser Aufgabe um so leichter gerecht werden, wenn sie sich durch geeignete Maßnahmen (Aufnahme der Eigenproduktion, Ausschaltung des privaten Handels) eine Beeinflussung der Kartellpreispolitik der baustoffherzeugenden Industrie erzwingt.

Eine weitere Voraussetzung einer gesunden Wohnungs- und Siedlungspolitik ist billiges Bauland. Der private Grundstücksbesitz darf niemals wieder die Herrschaft über den Wohnungsbau erlangen. Der Kongreß fordert daher von den Gemeinden eine weitläufige Bodenvorratswirtschaft und den nachdrücklichsten Kampf gegen den Bodenwucher.“

\* \*

Die Referate von Lederer und Brauer erscheinen in Brochürenform. Wir empfehlen dringend, bei Erscheinen sich dieselben zu bestellen. Die Redaktion.

**Wir erkliden in Vorräten!**

Not und Ueberfluß, die sich eigentlich gegeneinander aufheben müßten, sind und bleiben das Charakteristikum der gegenwärtigen Zeit. Alle Bemühungen, die Vorräte irgendwie zu verkleinern, schlagen fehl. Die kapitalistische Wirtschaft ist einfach unfähig, ihren Reichtum an die Menschen zu verteilen. Wenn man den Stand Ende Juni eines jeden Jahres berücksichtigt, lagerten an Weltmärkten Rohstoffe in folgenden Mengen (in 1000 Tonnen):

	1927	1928	1929	1930	1931
Weizen	4 981	6 654	9 558	10 312	12 068
Zucker	4 395	4 696	5 345	6 277	7 075
Kaffee	482	1 044	847	1 608	1 498
Baumwolle	1 282	1 125	1 015	1 350	1 717
Jute	99	85	121	263	1 009
Kautschuk	252	211	254	386	504
Steinkohle	5 356	5 848	2 958	13 988	19 665
Kupfer	87	53	75	288	275

Dieser Zusammenstellung ist der eindringlichste Anhaltungsunterdrief für den Funktionsfehler der kapitalistischen Wirtschaft. Man beobachte: Die Weizenvorräte haben sich im Zeitraum von fünf Jahren verdreifacht, bei Kaffee und Steinkohle ist das gleiche zu verzeichnen. Bei Kupfer ist sogar eine Vierfachung der Vorratsstauung eingetreten. Die übrigen Weltmarktrohstoffe sind ebenfalls in Massen vorhanden und harren der Verwendung. Die Hegegenmeister des kapitalistischen Wirtschaftssystems stehen händeringend dabei, ohne eine Abhilfe ersinnen zu können. Hätten wir Bedarfswirtschaft und keine Profitwirtschaft, so würde das unnötig sein.

**38.** Kameraden, forgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 13. bis 19. September 1931

# Erhaltung, Verlust und Wiedererwerb von Anwartschaften der Pensionsversicherung.

In Zeiten der Entlassung von Hunderttausenden von Bergarbeitern gewinnen die Bestimmungen des Reichs-Knappschaftsgesetzes (RKG.) über die Erhaltung, den Verlust und den Wiedererwerb verlorener Anwartschaften in der Knappschaftspensionsversicherung erhöhte Bedeutung. Aus den vielen Anfragen, die in dieser Hinsicht an uns gestellt werden, ersehen wir, daß ein großer Teil der Kameraden noch immer über diese Bestimmungen nicht genügend unterrichtet ist. Wir wollen deshalb in folgenden Ausführungen die Fragen erneut behandeln.

## Erhaltung der Anwartschaft.

Scheiden Mitglieder der Arbeiterpensionskasse aus der Beschäftigung in einem Knappschaftspflichtigen Betriebe aus, ohne daß sie nach § 35 RKG. berufsuntfähig sind, können sie die bis zum Tage des Ausscheidens erworbenen Rechte in der Pensionsversicherung auf zweierlei Art erhalten. Sie können nämlich entweder

1. nach § 76 Absatz 1 RKG. Anerkennungsgebühren zahlen oder
2. nach § 77 Absatz 1 RKG. sich freiwillig weiterversicherern.

Für die Zahlung der Anerkennungsgebühr ist nach Absatz 2 des § 76 RKG. eine Frist von einem Jahre gesetzt. Sie beginnt mit Ablauf des Monats zu laufen, in dem der Ausgeschiedene Knappschaftlich versicherungspflichtige Arbeit verrichtet hat. Wer also Mitte September 1931 aufhört, Knappschaftlich versicherungspflichtige Arbeit zu verrichten und aus der Knappschaftspensionsversicherung ausscheidet, weil sein Beschäftigungsverhältnis gelöst wird, der mußte spätestens am 30. September 1932 die Anerkennungsgebühr gezahlt haben. Die Anerkennungsgebühr beträgt in der Arbeiterpensionskasse gegenwärtig 0,50 M. monatlich.

Die andere Art der Erhaltung der Anwartschaft ist die freiwillige Weiterversicherung. Sie ist jedoch nur für diejenigen zulässig, die nach dem 1. Juli 1928 mindestens einen Monatsbeitrag zur Pensionskasse entrichtet haben. Auch darf der Ausgeschiedene, der sich freiwillig weiterversicherern will, nicht bereits berufsuntfähig sein. Es ist also nicht möglich, daß jemand, der noch keine 36 Monatsbeiträge gezahlt hat, sondern vielleicht nur 34, die zwei Monate, die ihm zur Erfüllung der Wartezeit fehlen, durch freiwilliges Weiterversicherern erdient, obgleich er beim Ausscheiden aus der Versicherung bereits berufsuntfähig war. Ist er noch nicht berufsuntfähig, kann er die Wartezeit von 36 Monaten auch durch freiwillige Weiterversicherung erfüllen. Sind weniger als 24 Monatsbeiträge auf Grund der Versicherungspflicht entrichtet worden, müssen aber 60 Monatsbeiträge geleistet werden, bis die Wartezeit erfüllt ist.

Zur freiwilligen Weiterversicherung kann der Ausgeschiedene innerhalb zweier Jahre übergehen, die auf den Ablauf des Kalenderjahres folgen, in welchem er aus der versicherungspflichtigen

Beschäftigung ausgeschieden ist. Voraussetzung ist aber auch hierfür, daß vor Ablauf der Jahresfrist nach dem Ausscheiden aus der Versicherung die Anerkennungsgebühren gezahlt worden sind. Für die arbeitslosen Kameraden kommt die freiwillige Weiterversicherung kaum in Frage, weil sie die Beiträge nicht bezahlen können.

## Verlust der Anwartschaft.

tritt ein, wenn der nicht berufsuntfähige Ausgeschiedene entweder die Anerkennungsgebühr innerhalb der Jahresfrist nicht gezahlt oder in der gleichen Zeit sich zur freiwilligen Weiterversicherung nicht gemeldet hat. Hat der Ausgeschiedene das letztere getan, verliert er gleichfalls die Anwartschaft, wenn er während zweier aufeinander folgender Kalenderjahre weniger als 12 Monatsbeiträge entrichtet. Die

## Verlorenen Anwartschaften wiederzuerwerben

ist nur dadurch möglich, daß der Ausgeschiedene Arbeit im Knappschaftsversicherungspflichtigen Betriebe aufnimmt und erneut Beiträge als Pflichtversicherter entrichtet. Ist er noch nicht berufsuntfähig, lebt die verlorene Anwartschaft nach ununterbrochener sechsmonatiger Mitgliedschaft wieder auf. Als unterbrochen gilt diese Mitgliedschaft auch dann, wenn der Versicherte in einem Zusammenhang mehr als an 12 Kalendertagen krankfeiert. In einem solchen Falle stellt der Beginn der Krankheit gleichzeitig die Beendigung der Knappschaftlich versicherungspflichtigen Arbeit dar. Zum Wiederaufleben ist eine erneut ununterbrochene sechsmonatige Mitgliedschaft notwendig.

Stirbt ein Mitglied während der sechsmonatigen Wartezeit, erhalten seine Angehörigen die Leistungen der Pensionsversicherung auch für die früher verlorenen Dienstjahre. In diesem Falle gilt nämlich die verlorene Anwartschaft als wieder aufgelebt.

Am und für sich leben die verlorenen Anwartschaften auch für solche Versicherte nach ununterbrochener sechsmonatiger Mitgliedschaft wieder auf, die bei der Wiederaufnahme der Arbeit im Knappschaftlich versicherungspflichtigen Betriebe bereits berufsuntfähig waren. Nach § 103 n der Satzung ruhen aber die Leistungen für auf diese Art aufgelebte Dienstjahre, solange nicht 36 Monate ununterbrochen nacheinander erneut Beiträge auf Grund der Versicherungspflicht entrichtet worden sind.

## Druckfehlerberichtigung.

In der Abhandlung: „Leistungen der Reichsknappschaft nach der geänderten Satzung“, die wir in der Nummer 37 unserer „Bergbau-Industrie“ vom 12. September 1931 auf Seite 280 veröffentlicht haben, hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Es muß nämlich in der siebenten Zeile des Abschnitts „Kürzung des Waisengeldes“ nicht „der Pensionsversicherung“, sondern „der anderen Versicherung“ heißen.

Grubenlampe, eine schwere Bestrafung und direkte Entlassung des Schnarre am Blaise ist. Der Tatbestand ist so ungeheuer und so brutal, daß nicht scharf genug von der Verwaltung zugegriffen werden konnte. Deshalb forderte die Betriebsvertretung die sofortige Entlassung des Schnarre und außerdem Erstattung einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft.

Der Betriebsführer lehnte die Entlassung ab und bestrafte selbst den Nazihauptling mit 10 W.

Um das Bild zu vervollständigen, sei noch mitgeteilt, daß Schnarre bereits zwei Jahre die Bergvorschule besucht, um später Grubenbeamter zu werden. Das ist also der „richtige“ Mann, der später über die Grubensicherheit zu wachen hat und auf die Kumpels losgelassen werden soll!

Vor einiger Zeit hat die Verwaltung der Zeche Emischer-Lippe das Betriebsauschmittglied B e n d e r fristlos entlassen, weil nach ihrer Meinung B. einen Beamten beleidigt haben sollte. Die Verwaltung hatte ihn aber nur deshalb fristlos entlassen, weil er Verbandsmitglied ist und die Interessen der unterdrückten Kumpels energig wahr genommen hat. Die Verwaltung ist denn auch am Arbeitsgericht sowie am Landesarbeitsgericht mit ihrem Vorgehen schwer hereingefallen. Sie mußte B. wieder einstellen und ihm den entgangenen Lohn für drei Monate nachzahlen.

Man ersieht aus diesem Vorgehen, wie streng die Verwaltung gegen unsere Verbandsmitglieder wegen eines geringen und noch so harmlosen Vorganges vorgeht, sie fristlos entläßt, und wie sie Leute wie Schnarre, der einen jungen Bergmann in der Grube beinahe totschlägt, schützt. Die Bergarbeiter empören sich über Schnarre und die Verwaltung, weil sie einen Mann schützt, der verwirrt hat, noch länger in der Grube beschäftigt zu werden. Der Mann bildet nach zwei Richtungen hin eine Gefahr für die Grubensicherheit.

Das Wort haben nun die Bergbehörde und der Staatsanwalt!

K. O.

# Aus dem Saarrevier.

## Die Not der Saargänger.

Die wirtschaftliche Lage der Saargänger hat sich in den letzten Monaten durch die Maßnahmen der französischen Grubenverwaltung im Saargebiet wesentlich verschlechtert. Infolge der Einschränkung der Förderung auf den Saargruben zugunsten der lothringischen Gruben kamen eine größere Zahl Bergarbeiter zur Entlassung, die in erster Linie im deutschen Grenzgebiet wohnen. Es ist kaum damit zu rechnen, daß diese Arbeitskräfte in absehbarer Zeit wieder in den Saargruben untergebracht werden können. Die Funktionäre der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei beschäftigten sich daher in einer Konferenz, die unter dem Vorsitz des Direktors des Arbeitsamtes Trier in Krettnich stattfand, in eingehender Weise mit dieser Frage. Nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten K i r s c h m a n n fand nachstehende Entschließung einstimmige Annahme: „Die in Krettnich tagende Konferenz der Funktionäre der SPD. und der freien Gewerkschaften stellt eine ständige Erhöhung der Arbeitslosigkeit im Grenzgebiet durch den Abbau im Saargebiet fest. Es ist deshalb Pflicht des Reiches und des Staates, raschmöglichst den Vorstellungen unserer Abgeordneten nachzukommen und Arbeitsangelegenheit für das Saargebiet zu schaffen. Die Konferenz ist sich klar darüber, daß hier noch manche Möglichkeit bisher nicht ausgenutzt worden ist. Vor allen Dingen muß die restlose Flüssigmachung der Mittel des Westgrenzsaarlandes zu wirtschaftlichen Zwecken gefördert werden. Die Konferenz erkennt gerne die kulturelle Förderung unserer Heimat an, ist aber der Meinung, daß die Fürsorge für das nackte Leben vorgeht. Es muß aber betont werden, daß die Hergabe von Reichs- und Landesmitteln ohne Bindung an eine Gegenleistung zu erfolgen hat. Die Gemeinden des Grenzgebietes sind durch die in den letzten Jahren durchgeführten Rettungsmaßnahmen, welche zur Behebung der Not unter den Saargängern gedacht waren, am Ende ihrer Kraft angelangt.“

In der Aussprache wurde besonders von den Saargängern auf die unerlässliche Maßnahme der Einschränkung der Saargängerunterstützung durch den Reichsarbeitsminister hingewiesen. Die Ansicht der Konferenz fand in nachfolgender Entschließung ihren Ausdruck: „Die gemeinsam tagende Delegiertenkonferenz der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei des Saar-

# Aus dem Ruhrrevier.

## Nazihauptling schlägt einen Bergmann nieder.

### Was sagt die Bergbehörde und der Staatsanwalt dazu?

Sehr traurige Zustände herrschen auf Zeche Emischer-Lippe in Datteln. Dies liegt hauptsächlich daran, weil die Verwaltung und der ganze Beamtensapparat auf die Hitlerpartei eingeschworen sind. Bergarbeiter, die die Hitlerpartei und ihre Methoden ablehnen, stehen bei der Verwaltung nicht gut zu Buch. Anders ist es mit jenen Elementen, die nach Wunsch und Willen sich den rechtsgerichteten Stoßtruppen anschließen und das Stahlhelm- und Hakenkreuzabzeichen im Knopfloch zur Schau tragen. Mit diesen Umsturzbildern dekoriert, stolzieren sie auf dem Bechenplatz und im Verwaltungsgebäude umher wie früher Wilhelm, der Holzpacker, in seinem Schloßpark. Dieses wird von der Verwaltung sehr gerne gesehen und eröffnet den Dekorierten allerhand Möglichkeiten auf einen „Druckpunkt“. Fleiß, Tüchtigkeit und Charakter Nebensache! Folgender Tatbestand soll als Beispiel der Zustände auf der Zeche Emischer-Lippe mitgeteilt werden:

Der Hauer Heinrich Schnarre ist einer der führenden Hitlerianer. Er steht daher bei der Verwaltung sehr hoch zu Buch. In der Nacht vom 1. zum 2. September 1931 stellte er an den Bremser Bolte das Ansinnen, ihn (Schnarre) verbotswidrig in einem Blindschacht herunterzufahren. Dem Bremser ist das Fahren der Bergleute in diesem Blindschacht wegen der damit verbundenen Gefahr streng untersagt. Er lehnte deshalb das Ansinnen ab und verwies auf die damit verbundenen Gefahren. Der Nazihauptling wird energig und gibt dem Bremser einen direkten Hitlerbefehl, ihn sofort im Blindschacht herunterzulassen. Der Bremser tut das dennoch nicht und hält sich an die für ihn maßgebende Instruktion, um die Vorschriften der Grubensicherheit zu wahren. Darauf geht der Nazimann Schnarre auf den Bremser zu und schlägt ihn dafür mit der Grubenlampe auf den Kopf. Aus mehreren Wunden, die Schnarre dem Bremser Bolte mit der Grubenlampe in den Kopf geschlagen hat, blutete der Junge fürchterlich und brach zusammen. Am nächsten Morgen nahm sich die Betriebsvertretung der Sache an und meldete dies Vorkommnis dem Betriebsführer. Die Betriebsvertretung war der Auffassung, daß in Anbetracht eines so unerhörten Vorganges: der Versuch der Verleitung zur Übertretung der Bergpolizeiverordnung und die Mißhandlung und schwere Verletzung des Bremfers in der Grube mit einer

## Müht der Verband?

Jedesmal, wenn der Verbandskassierer kam, machte der Hauer Holzmann seinem Herzen Luft und schimpfte auf die Bonzen und hohen Beiträge. Durch die Not verbittert, wurde er schwankend in seinem Vertrauen zum Verbands. Unterhalb Monate feierte er schon krank. Es wollte an keiner Ecke mehr hangen. Die paar Mark Krankengeld waren schnell aufgebraucht. Und zu vierzehn saßen sie am Tisch. Sie alle wollten Essen und Kleidung. Sein ältester Sohn, welcher ausgemergelt hatte, lag auch arbeitslos zu Haus. Einst hatte der Hauer geglaubt, wenn er erwachsene Kinder hätte, würden sie ihm helfen, seine alten Tage zu erleichtern, und jetzt hatte er sie noch zu ernähren.

„Man kann nur immer bezahlen! Wer gibt mir denn was?“ jagte er aufgeregt zum Kassierer, als er unter Ach und Krach seine Beiträge bezahlte.

„Ganz recht“, erwiderte dieser, „wir bekommen nichts, wenn wir es uns nicht erkämpfen. Doch müssen auch Opfer gebracht werden. Von jeder fällt uns nichts in den Schoß. Ohne Geld kann eine Organisation weder etwas leisten noch existieren. Die Beiträge sind notwendig!“

„Das ist gerade jetzt, daß ich die paar Mark Krankengeld kriegen, sonst hat mir der Verband noch nichts gegeben.“

„So — und der Tarifvertrag, Urlaub und das Arbeitsrecht? Glaubst du, daß wir das ohne den Verband hätten? Aber ich weiß schon Paul, du meinst, direkt vom Verband hast du noch nichts bekommen. Eigentlich könntest du froh sein, daß du bisher noch nicht auf die paar Groschen Unterstützung des Verbandes angewiesen warst. Für Notfälle gewähren wir unsern Mitgliedern Unterstützung, unser Ziel und Zweck ist aber, die Ausbeutung der Bergarbeiter überhaupt zu befeitigen. — Doch ich muß weiter. Auf Wiedersehen!“

Schon zwei Monate feierte Holzmann krank. Seine Rippenfellentzündung war so leidlich verheilt. Längst schon war er das Krankfeiern leid. Am Ende der Woche wollte er sich gesund schreiben lassen. Er sehnte sich förmlich nach der Arbeit. Wenn er wenigstens etwas in seinem Garten hätte herumbuddeln können, aber da war der Krankenkontrolleur scharf hinterher. Es ist ein erbärmlicher Zustand, wenn der Körper gelundet, sich nach Bewegung sehnt, jedoch zur Untätigkeit verdammt ist, weil er der schweren Bergmannsarbeit noch nicht gewachsen ist. Ja, Krankfeiern ist kein Vergnügen!

„Wenn du so weiter ist, dann kommst du noch auf den Hund“, sagte seine Frau am Mittagstisch, als er mehr gemohnheitsmäßig denn hungrig appetitlos im Gemüße herumstocherte. Es wollte ihm heute nicht schmecken, denn dem Körper fehlte die nötige Bewegung für den Hunger.

„Laß mich in Ruh“, brummte der Hauer, „nächste Woche brauchst du dich nicht mehr mit mir herumzuzürgern.“

„Na, so war das nicht gemeint“, entgegnete seine Frau, „bevor du nicht vollständig gesund bist, gehst du natürlich nicht zur Arbeit.“

Die Unterhaltung wurde durch ein Klopfen an die Tür unterbrochen. Ohne das herein abzuwarten, trat der Briefträger in die Stube. Mit einem „Mahlzeit“ gab er einen Brief ab, dessen Empfang Holzmann quittieren mußte. Das Gesicht des Mannes verfärbte sich, als er auf dem Briefumschlag den Firmenstempel seiner Zeche las. Niemand dachte mehr ans Essen, alle schauten auf den Vater, der nur schlecht seine Erregung verbergen konnte.

„Wegen Stilllegung unserer Schachtanlage sehen wir uns gezwungen, Ihnen die Arbeit zum 15. April zu kündigen.“ Sekundenlanges Schweigen. Einer sah den andern an. Bis der Vater erbittert sagte: „Na, dann sind wir jetzt alle zu Haus.“

„Wer will denn noch einen Teller Gemüse?“ fragte die Mutter, um eine Wendung in die Situation hineinzubringen. Nur die achtjährige Ilse, die den Ernst der Lage noch nicht erfaßt hatte, rief: „Hier!“ Sonst dachte niemand daran, noch etwas zu essen. Der ältere Sohn nahm seine Mühe und verließ wortlos das Zimmer. Wie es in ihm fraß, daß er seinen Eltern zur Last liegen mußte, ohne daß er etwas daran ändern konnte. Wenn ihn sein Vater nur wollte ziehen lassen, er wollte sich schon seinen Unterhalt auf der Landstraße zusammenflicken. — Holzmann hatte Glück gehabt. Auf einer benachbarten Zeche, wo er schon früher einmal beschäftigt war, hatte ihn der Betriebsführer wieder eingestellt, weil er ihn noch von früher als einen tüchtigen Arbeiter kannte. Wenn der Weg zur Zeche auch weit war — er hatte fast eine Stunde zu laufen —, so war es immer noch besser als stempeln zu gehen. Im Sturm und Regen konnte er wieder jeden Tag zur Schicht gehen. Nicht selten war er bis auf die Haut durchnäßt, wenn er in die Waschkau kam. Dann war es ihm eine Wohlthat, in die schmutzigen, aber wenigstens trocknen Arbeitskleider hineinzuschlüpfen. Oft mußte er aber seine durchnäßten Kleider nach der Schicht wieder anziehen, weil sie während der Zeit nicht getrocknet waren. Wie kalt die feuchten Sachen am Körper hingen! Dann schritt er tüchtig aus, um warm zu werden.

Knatternd rißt sich der Lufthammer in die Kohle. Hier konnte man seine Wut auslassen. Holzmann hob die Luftschade und jagte sie in die schwarze Wand. Doch diese war fest. Er riß an dem Hammer, als wollte er wieder eine Spitze abbrechen. Das passierte ihm nicht selten. Der Steiger schimpfte schon, weil er immer neue verzeichnen mußte.

„Gut verbauen, Holzmann!“ schrie der Steiger, als er den Pfeiler herunter kam.

„Sorgen Sie nur für Holz, dann wird auch schon gut verbaut“, erwiderte der Hauer. „Übrigens verzeichnen Sie mir mal eine Spitze.“

„Was, schon wieder eine Spitze? Sie machen ja mehr Kaputt als Sie verdienen!“ brüllte der Steiger mit seiner üblichen Uebertreibung, zog aber dann doch sein Buch hervor.

Während er den Schein ausschrieb, fragte Holzmann: „Wie ist das mit meinem Urlaub? Weil ich damals krankfeierte, konnte ich ihn von der früheren Zeche nicht nehmen, meine Zeit war aber schon dort abgelaufen.“

„Erst müssen Sie ein halbes Jahr hier sein, dann bekommen Sie Urlaub“, jagte der Steiger.

„Aber mein Urlaubsjahr ist doch schon um“, entgegnete Holzmann. „Weil ich krank war, konnte ich ihn damals nicht nehmen, und jetzt läuft doch schon das neue Jahr.“

„Was früher war, das sind Ihre Angelegenheiten, das geht uns nichts an“, erwiderte der Steiger.

Als der Verbandskassierer kam, erzählte Holzmann ihm die Angelegenheit. Dieser riet ihm, zum Verbandssekretär zu gehen. Auf dem Verbandsbüro teilte er dem Sekretär den Sachverhalt mit, daß er durch Krankheit verhindert war, den Urlaub zu nehmen und die neue Zeche sich nicht zuständig erklärte, weil das alte Urlaubsjahr schon abgelaufen sei. Der Fall lag offensichtlich derart, daß man ihn um seinen Urlaub betrügen wollte. Der Sekretär nahm die Sache zu Protokoll, ließ sich von Holzmann eine Vollmachtserklärung geben und sagte ihm, er solle sich jetzt etwas gedulden, denn das Gericht arbeite nicht immer so schnell.

Schon fing Holzmann wieder an, auf den Verband zu schimpfen. Mißtraulich, wie er war, glaubte er, der Sekretär habe ihn mit der üblichen Vertrottung abgemimtelt. Im stillen hegte er den Gedanken, alles fahren zu lassen. Eines Tages, als er gar nicht mehr darin dachte, erhielt er eine Karte, daß er sich auf dem Verbandsbüro melden solle. Erst wollte er gar nicht hingehen, aber dem Drängen seiner Frau nachgebend, machte er sich auf die Beine. Unterwegs dachte er: „Na, wenn dich jetzt der Sekretär abschreibt, dem willst du's aber geben.“ Und er legte sich im stillen eine schöne Rede zurecht. Auf den Urlaub setzte er keine Hoffnungen mehr, aber immerhin, man kann ja mal hören, was der sagt.

Wie staunte er, als ihm der Sekretär das Urteil des Arbeitsgerichts unter die Nase hielt. Die Beklagte wurde verurteilt, für die zwölf ausgefallenen Urlaubstage den Betrag von 103,20 M. zu zahlen. Dabei war er gar nicht auf dem Gericht gewesen, hatte keine Laufereien und Scherereien gehabt. „Hör mal, Paul“, sagte der Verbandssekretär, als Holzmann sich ein wenig von seiner Verblüffung erholt hatte, „von unserem Kassierer hörte ich, daß du schon aus unserm Verband gehen wolltest. Ich hoffe, daß diese kleine Angelegenheit dich von der Nützlichkeit des Verbandes überzeugt hat. Man muß nicht erst in schlimmster Not sein, wenn man sich des Verbandes erinnert.“ Holzmann wollte noch einige anerkennende Worte des Dankes sagen, aber der Sekretär unterbrach ihn mit den Worten: „Wenn du mir danken willst, dann bete dich nächsten Sonntag an der Agitation!“

G. Sch.

